

Sozialberichterstattung  
Gesellschaftliche Trends  
Aktuelle Informationen

Eine **gesis** Publikation

## Inhalt

Schichtzugehörigkeit nicht nur vom Einkommen bestimmt	1
Individuelle Erfahrung des Alterns stark von Behinderung beeinflusst	7
Gleiches Ausmaß, unterschiedliche Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens	11
Measuring and Monitoring Social Progress in European Societies – Is Life Still Getting Better? Veranstaltungshinweis	15
Die Verteilung der Vermögen in Deutschland Ein Buchhinweis	15
„Das Wohlstandsquartett“ – Ein neuer Vorschlag zur Wohlstandsmessung	16

## Schichtzugehörigkeit nicht nur vom Einkommen bestimmt

Analysen zur subjektiven Schichteinstufung in Deutschland

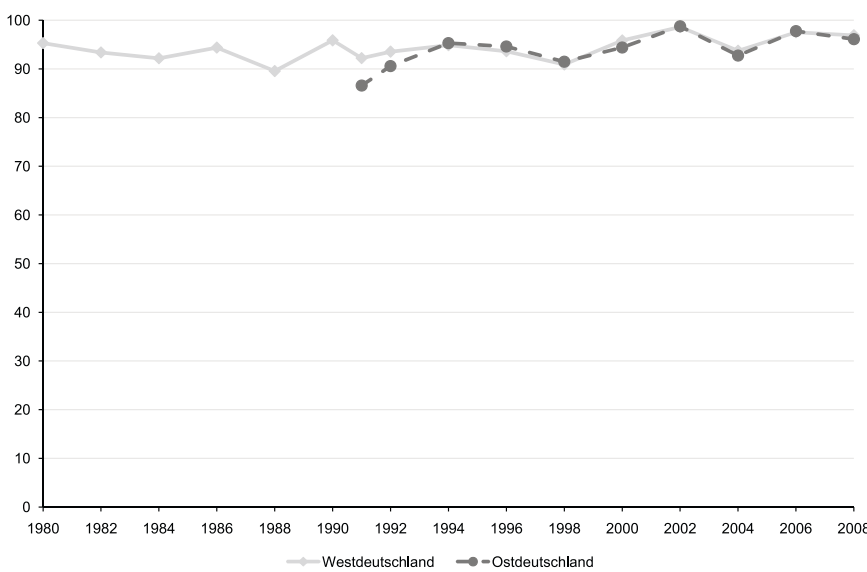
*Die strukturierte sozio-ökonomische Ungleichheit, d. h. die mit der Position in der gesellschaftlichen Statushierarchie verbundene Benachteiligung oder Privilegierung von Bevölkerungsgruppen, genießt neuerdings wieder zunehmende Aufmerksamkeit: So haben Wissenschaftler und die Medien z. B. von der schrumpfenden Mittelschicht, einer wachsenden Unterschicht und deren Einstellungen und Verhaltensgewohnheiten, der Entstehung eines neuen Präkariats oder auch der in Deutschland besonders ausgeprägten Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft berichtet und damit lebhaft gesellschaftspolitische Diskussionen ausgelöst. Noch vor wenigen Jahren wurde dagegen in der Soziologie – vor allem in Deutschland – eine ebenso intensive wie kontroverse Debatte über eine Gesellschaft „jenseits von Klasse und Schicht“ (Beck 1986: 121ff. und Hradil 1987) und neue, d. h. insbesondere „klassenlose“ oder gar entstrukturierte Formen der sozialen Ungleichheit geführt. Auch von prominenten Sozialwissenschaftlern wurde die These vertreten, Klassen und Schichten hätten sich im Zuge eines durch Prozesse der Individualisierung gekennzeichneten Wandels der Sozialstruktur aufgelöst und als Kategorien der Sozialstruktur- und Ungleichheitsanalyse überlebt. Wenngleich sie Gegenstand kontroverser Debatten war, hat diese Sichtweise in den 1980er und 1990er Jahren hierzulande eine dominierende Rolle gespielt.<sup>1</sup> Allerdings ist es inzwischen „um die Auflösungsthese stiller geworden“ (Geißler 2010: 39), wohl nicht zuletzt deshalb, weil sie mit aktuellen Beobachtungen von sozialen Zusammenhängen und Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung – wenn überhaupt – nur sehr bedingt kompatibel zu sein scheint.*

Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, wie sich die Schichtung der deutschen Gesellschaft gegenwärtig darstellt und in den zurückliegenden Jahrzehnten entwickelt hat, von welchen Merkmalen es abhängt, welcher sozialen Schicht sich Personen subjektiv zugehörig betrachten und ob bzw. welche Einstellungs- und Verhaltenskonsequenzen mit der so definierten Schichtzugehörigkeit verbunden sind. Trotz mancher Unterschiede – auf die an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden soll – haben Klassen- und Schichtkonzepte gemein, dass sie den Blick auf das mehr oder weniger hierarchisch strukturierte Positionsgefüge einer Gesellschaft lenken. Die Positionierung der Gesellschaftsmitglieder in dieser Struktur wird vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, auf die Stellung auf dem Arbeitsmarkt und im Erwerbssystem zurückgeführt. Zudem wird angenommen, dass mit ähnlichen Positionen – Klassenlagen oder Schichten – typischerweise

spezifische Lebensverhältnisse und -chancen sowie auch klassen- oder schichtspezifische Interessen, Einstellungen und Verhaltensdispositionen – bzw. Mentalitäten und Habitus – verbunden sind. Inwieweit das tatsächlich der Fall ist und ob sich die Zusammenhänge im Zuge des gesellschaftlichen Wandels möglicherweise gelockert haben und heute weniger sichtbar sind, wie verschiedentlich vermutet wird (z. B. Geißler 2010: 38), sind jedoch Fragen, die letztlich nur empirisch beantwortet werden können.

Das Konzept der sozialen Schichtung und die Zugehörigkeit von Personen zu einzelnen Schichten wird in diesem Beitrag über ein subjektives Merkmal – die subjektive Schichtidentifikation – operationalisiert und empirisch ermittelt. Die Frage, welcher sozialen Schicht sich Personen zugehörig fühlen, gehört zum klassischen Repertoire der Umfrageforschung

**Grafik 1: Anteil der Befragten mit valider Angabe zur Schichtestufung (in %)**



Datenbasis: kumulierter Allbus 1980-2008

und ist einer der am häufigsten verwendeten Indikatoren für die empirische Untersuchung der sozialen Schichtung.<sup>2</sup> Informationen dazu, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten subjektiv einstufen, lassen sich nicht nur zu einem Bild der Makrostruktur sozialer Schichtung zusammenfügen, sondern geben insbesondere Aufschlüsse darüber, wie Individuen und Gruppen ihre eigene soziale Position im Vergleich zu anderen in der gesellschaftlichen Statushierarchie verorten und aus welcher Perspektive sie am sozialen und politischen Leben partizipieren. Das Bild, das sich die Bürger von der Schichtstruktur und ihrer eigenen Position darin machen, muss nicht in jedem Falle mit Befunden zur sozialen Schichtung übereinstimmen, wie sie unter Verwendung von objektiven Schichtindikatoren – wie z. B. Indikatoren des beruflichen Status, Bildung oder Einkommen – gewonnen werden, weil bei der subjektiven Perzeption und Bewertung mannigfaltige Faktoren berücksichtigt werden und dabei nicht zuletzt auch Vergleichsprozesse eine Rolle spielen können.

Die nachfolgend präsentierten empirischen Befunde beruhen auf Analysen von Daten aus verschiedenen Erhebungen der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), insbesondere dem ALLBUS 2008. Die Frage nach der subjektiven Schichtidentifikation wird im Rahmen des ALLBUS seit 1980 regelmäßig gestellt und lautet:

„Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu, der Unterschicht, der Arbeiterschicht, der Mittelschicht, der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht?“<sup>3</sup> Für die durchgeführten Analysen wurden die fünf in der Frage unterschiedenen Schichtkategorien teilweise zu lediglich drei Schichten zusammengefasst: Unter-/Arbeiterschicht, Mittelschicht, Obere Mittel-/Oberschicht.

**Kein Trend zu abnehmender Schichtidentifikation**

Aufschlussreich ist zunächst, dass die Frage nach der Schichtzugehörigkeit von nahezu allen Befragten umstandslos beantwortet wird und sich heute wie vor drei Jahrzehnten eine große Mehrheit der Bevölkerung mit einer der vorgegebenen Schichten identifiziert. Der Anteil der gültigen Antworten beträgt 2008 in Westdeutschland 97 und in Ostdeutschland 96 Prozent (Grafik 1).

Über den Zeitraum von 1980 bis 2008 variiert der Anteil von ungültigen Antworten (keine dieser Schichten, Einstufung abgelehnt, weiß nicht) in Westdeutschland zwischen maximal 10% (1988) und 1% (2002), ohne dass ein Trend zu einer abnehmenden Schichtidentifikation zu erkennen wäre. Das gleiche gilt für Ostdeutschland, wo der Anteil der ungültigen

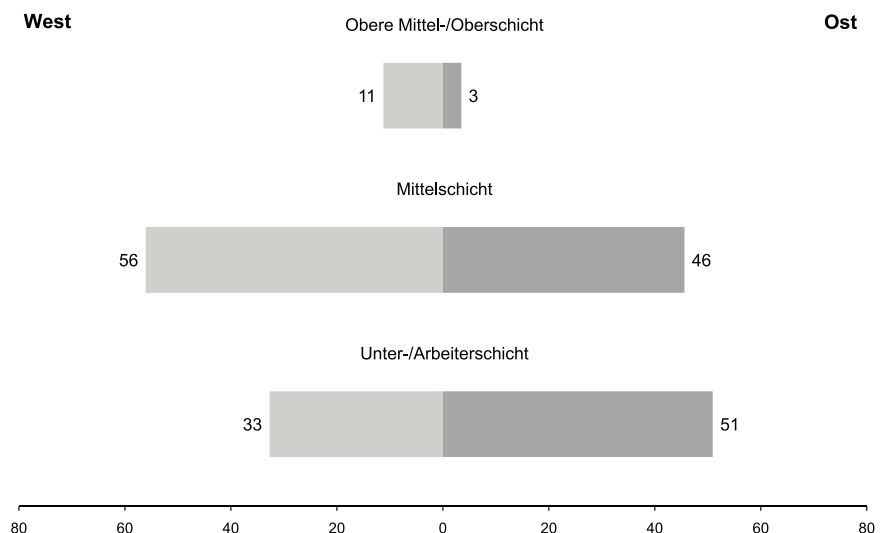
Antworten lediglich 1991, d. h. dem Jahr der ersten Befragung und zudem in einer Phase, die durch große Umwälzungen und erhebliche „Statusverunsicherung“ gekennzeichnet war, mit 13% (darunter 7% „Einstufung abgelehnt“) deutlich größer war als in Westdeutschland, danach aber kaum noch von den westdeutschen Werten differierte, mit einem Minimum von ebenfalls 1% im Jahr 2002. Diese Resultate unterstreichen nachdrücklich, dass das Bild einer stratifizierten Gesellschaft im Bewusstsein der Bevölkerung unverändert fest verankert ist und es zudem klare Vorstellungen über die eigene Platzierung in der Schichtstruktur gibt.

**Mehr als jede/r zweite Westdeutsche identifiziert sich mit der Mittelschicht, jede/r zweite Ostdeutsche mit der Unter-/Arbeiterschicht**

Die Struktur, die sich aus der Verteilung der Bevölkerung auf die drei zusammengefassten Schichtkategorien ergibt, weist nach wie vor charakteristische Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland auf (Grafik 2): 2008 betrachtete sich mehr als jeder zweite Westdeutsche der Mittelschicht zugehörig, jeder dritte stufte sich in die Unter- und Arbeiterschicht ein und etwas mehr als jeder zehnte in die obere Mittel- und Oberschicht. Im Unterschied zu Westdeutschland, wo die Mittelschicht dominiert, ordnet sich in Ostdeutschland nach wie vor die Mehrheit (51%) der Bevölkerung der Unter- und Arbeiterschicht zu. In die Mittelschicht stufen sich hier 46% der Befragten ein und in die obere Mittel- und Oberschicht lediglich 3%.

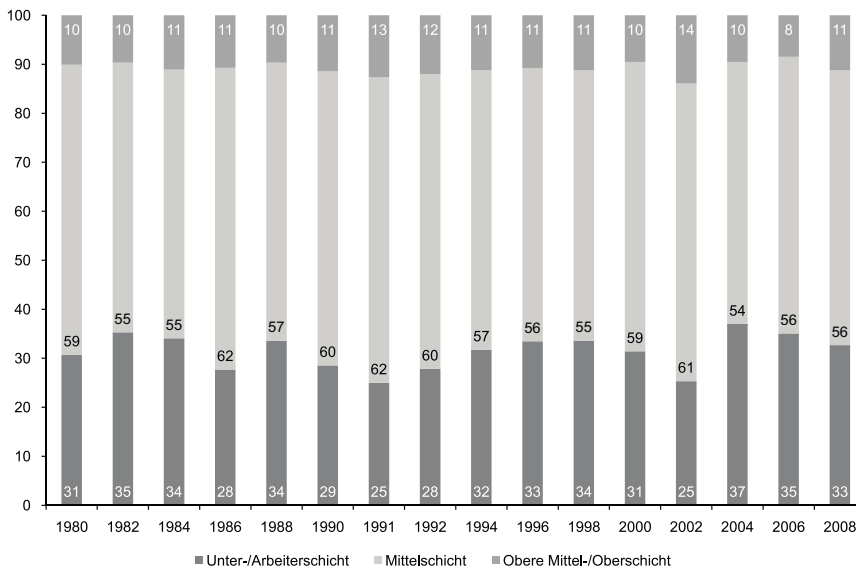
Bei Betrachtung der differenzierten Schichtkategorien wird deutlich, dass auf die Unterschicht (West 3%, Ost 7%) und Oberschicht (West 0,5%, Ost 0,2%) in beiden Landesteilen nur marginale Bevölkerungsanteile entfallen, wengleich sich auch bei der Betrachtung der „Randschichten“ die Tendenz zu einer höheren Einstufung der Westdeutschen manifestiert.

**Grafik 2: Subjektive Schichtzugehörigkeit - West- und Ostdeutschland 2008 (in %)**



Datenbasis: Allbus 2008

**Grafik 3: Subjektive Schichtzugehörigkeit: Westdeutschland 1980-2008 (in %)**



Datenbasis: kumulierter Allbus 1980-2008

Die nach wie vor beträchtlichen Unterschiede in der Schichtidentifikation zwischen West- und Ostdeutschland haben sich im Zeitverlauf nur mäßig verringert: zwischen 1992 und 2008 beim Anteil der Unter-/Arbeiterschicht von 27 auf 18 und beim Anteil der Mittelschicht von 18 auf 10 Prozentpunkte.

**„Subjektive Schichtstruktur“ weitgehend unverändert: keine Tendenz zu schrumpfender Mittelschicht**

Vor allem in Westdeutschland ist die sich aus der subjektiven Einstufung der Befragten ergebende Schichtstruktur – über den gesamten Zeitraum von nahezu drei Jahrzehnten betrachtet – erstaunlich stabil geblieben. Trotz eines beachtlichen strukturellen und institutionellen Wandels, z. B. im Bereich des Arbeitsmarktes und der Beschäftigung, der Zuwanderung, aber auch im Hinblick auf das Bildungsniveau der Bevölkerung, hat sich die Verteilung auf die Schichten zwischen 1980 und 2008 praktisch nicht verändert, und sofern Veränderungen im Zeitverlauf zu beobachten sind, handelt es sich dabei um Schwankungen, die keinen Trend erkennen lassen (Grafik 3).

Behauptungen, dass die Unterschicht in Deutschland expandiere und die Mittelschicht schrumpfe – wie sie kürzlich auf der Grundlage von kurz- und mittelfristigen Veränderungen der Einkommensverteilung angestellt wurden (Grabka/Frick 2008 und Goebel/Gornig/Häußermann 2010), werden durch die Entwicklung der perzipierten Schichtzugehörigkeit jedenfalls nicht bestätigt.<sup>4</sup> Die geringe zeitliche Variabilität der subjektiven Schichteinstufung könnte u. a. auch damit zusammenhängen, dass es sich dabei um eine relative Einstufung der eigenen Position im gesellschaftlichen Statusgefüge handelt und sich der allgemeine Bezugsrahmen wie auch die Vergleichsmaßstäbe, die dabei zugrunde gelegt werden, mit der Zeit verändern.

**Enger Zusammenhang zwischen subjektiver Schichtzugehörigkeit und objektiven Schichtungsindikatoren**

Damit ist die Frage aufgeworfen, von welchen Faktoren und Merkmalen es abhängt, welcher sozialen Schicht sich Personen zuordnen und wo sie sich in der vorgegebenen Schichthierarchie einstufen.<sup>5</sup> Naheliegender ist zunächst die Hypothese, dass die subjektive Schichtzugehörigkeit in erster Linie von der objektiven Position in der Schichtstruktur abhängt, wie sie aus den „klassischen“ Schichtungsvariablen Bildung, Beruf und Einkommen resultiert. Dass sich diese Hypothese bestätigt, ist bereits aus den bivariaten Zusammenhängen zwischen der subjektiven Einstufung und den objektiven Schichtungsvariablen zu erkennen (Tabelle 1; Grafik 4): Je höher der Bildungsabschluss, je höher der berufliche Status und je höher das Einkommen, desto höher ist im

Allgemeinen auch die soziale Schicht, der man sich zugehörig fühlt.

Allerdings sind die Zusammenhänge weniger eindeutig, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Von den Personen, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen, stufen sich mehr als 50% in die Unter- und Arbeiterschicht ein, aber ein beinahe ebenso großer Anteil in die Mittelschicht. Personen mit einem höheren Bildungsabschluss (Abitur/FH-Reife) stufen sich größtenteils in die Mittelschicht (60%) oder in die obere Mittel- und Oberschicht (24%) ein, aber immerhin fast jeder sechste Befragte mit Abitur oder einer Fachhochschulreife identifiziert sich mit der Unter- und Arbeiterschicht. Die perzipierte Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Schichten steht offensichtlich auch mit dem jeweiligen Haushaltseinkommen in einem engen positiven Zusammenhang: Je höher die am bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen gemessene Einkommensposition, desto höher ist im Durchschnitt auch die soziale Schicht, mit der sich die Befragten identifizieren. Von denjenigen, die über weniger als 70% des mittleren Einkommens verfügen, ordnen sich 61% der Unter- und Arbeiterschicht und 37% der Mittelschicht zu. Und während sich zwei Drittel der Bezieher von einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle (60%) zur Unter- und Arbeiterschicht zählen, sieht sich ein Drittel der Einkommensarmen als Angehöriger der Mittelschicht. Dagegen betrachten sich 63% der Personen in der höchsten Einkommensposition (> 150% des mittleren Einkommens) der Mittelschicht zugehörig und 29% der oberen Mittel- und Oberschicht. Personen mit einer mittleren Einkommensposition (70-150% des mittleren Einkommens) stufen sich mit 56% größtenteils in die Mittelschicht ein, aber mit fast 40% auch zu einem beträchtlichen Anteil in die Unter- und Arbeiterschicht.

Verwendet man das sogenannte Goldthorpe-Klassenlagen-Schema für die Operationali-

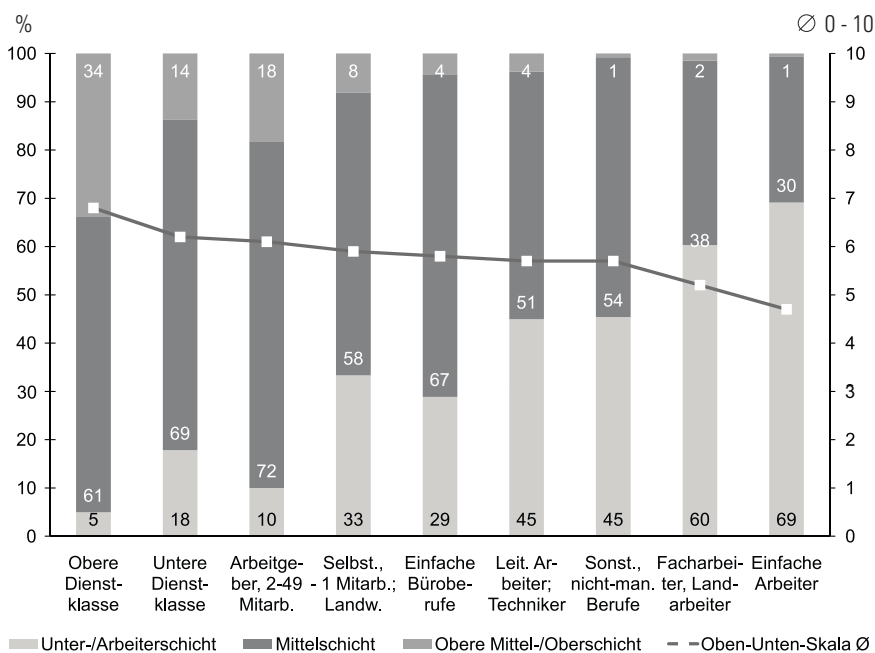
**Tabelle 1: Subjektive Schichteinstufung nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen in Deutschland 2008 (in %)**

	Unter-/ Arbeiterschicht	Mittelschicht	Obere Mittel-/ Oberschicht
Gesamtdeutschland	34	56	10
Westdeutschland	33	56	11
Ostdeutschland	51	46	4
<i>Schulabschluss</i>			
kein/Hauptschule	51	47	2
Realschule	37	57	6
Abitur/FH-Reife	15	61	24
noch Schüler/Sonst.	29	60	11
<i>Einkommensposition<sup>1</sup></i>			
<70% vom mittleren Einkommen	61	37	2
70-150% vom mittleren Einkommen	39	56	4
>150% vom mittleren Einkommen	8	63	29
unterhalb der Armutsrisikoschwelle (<60%)	65	33	2

1) bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (mod. OECD-Skala); (mittleres Einkommen=Median)

Datenbasis: ALLBUS 2008

**Grafik 4: Subjektive Schichteinstufung und Oben-Unten-Skalenwert nach Klassenlagen - Deutschland 2008**



Datenbasis: Allbus 2008

sierung des aktuellen oder früheren, eigenen oder abgeleiteten beruflichen Status<sup>6</sup>, findet sich der höchste Anteil von Personen, die sich der Unter- und Arbeiterschicht zugehörig fühlen (69%), unter den einfachen, d. h. un- oder geringqualifizierten Arbeitern (Grafik 4). Der Anteil derjenigen, die sich der oberen Mittel- und Oberschicht zuordnen, ist erwartungsgemäß mit 34% in der sogenannten „oberen Dienstklasse“ am höchsten, während der „Mittelschichtanteil“ in der Kategorie der Selbständigen mit 2-49 Mitarbeitern (72%) den höchsten Wert erreicht. Weit über dem Durchschnitt liegen auch die Mittelschichtanteile für die untere Dienstklasse (69%) sowie die einfachen Büroberufe (67%). Von den kleinen Selbständigen mit maximal einem Mitarbeiter, ordnet sich zwar ebenfalls eine Mehrheit der Mittelschicht zu (58%), aber mit 33% auch ein beachtlicher Teil der Unter- und Arbeiterschicht. Die Klassenlage der leitenden Arbeiter und Techniker sowie der sonstigen nicht-manuellen Berufe verteilen sich dagegen fast gleichmäßig auf die Unter- und Arbeiterschicht sowie die Mittelschicht. Bemerkenswert ist zudem, dass sich vier von zehn Fach- und Landarbeitern nicht der Unter- und Arbeiterschicht, sondern einer höheren Schicht zuordnen. Dabei ist festzustellen, dass die Identifikation mit der Unter- und Arbeiterschicht unter den verschiedenen Kategorien von Arbeiterberufen mit steigender Qualifikation und Anordnungsbefugnis abnimmt und die Identifikation mit der Mittelschicht zunimmt.

#### Obere und untere Dienstklasse an der Spitze der gesellschaftlichen Statushierarchie, Arbeiter am unteren Ende

Grafik 4 bildet neben der subjektiven Schichtidentifikation auch die durchschnittliche Einstufung auf der „Oben-Unten“-Skala für die

Goldthorpe-Klassenlagen ab. Die Anordnung der Klassenlagen auf der X-Achse der Grafik entspricht dabei der Rangfolge, die sich aus der Einstufung auf der „Oben-Unten“-Skala ergibt: An der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie stehen demnach die obere und untere Dienstklasse, gefolgt von mittleren und kleinen Selbständigen. Am Ende der Hierarchie stehen qualifizierte und einfache Arbeiter. Wie aus Grafik 4 leicht zu ersehen ist, korrespondieren die subjektive Schichteinstufung und die Oben-Unten-Einstufung der verschiedenen Klassenlagen miteinander, wobei der Zusammenhang jedoch keineswegs perfekt ist. Vielmehr deutet manches darauf hin, dass sich in der subjektiven Schichteinstufung nicht nur eine „oben-unten“-Dimension, sondern auch andere Dimensionen einer Besser- oder Schlechterstellung manifestieren.

Die statistische Erklärungskraft der betrachteten Schichtungsvariablen – Bildung, Einkommen und Klassenlage – als Determinanten der subjektiven Schichteinstufung lässt sich mit ordinalen regressionsanalytischen Verfahren näher bestimmen.<sup>7</sup> Im Vergleich der drei Variablen erweist sich die Klassenlage in der gesamtdeutschen Betrachtung als der stärkste Prädiktor gefolgt von Bildung und Einkommen (Tabelle 2). Dabei sind die Unterschiede allerdings moderat und die Erklärungskraft ist für alle drei Variablen (zusammen Pseudo-R<sup>2</sup> = .26) beachtlich.

Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass sich die Einflussstärke der Prädiktorvariablen in West- und Ostdeutschland teilweise unterscheidet: Während das Haushaltseinkommen die subjektive Schichteinstufung in Ostdeutschland stärker bestimmt als in Westdeutschland, erweist sich der Einfluss der Klassenlage dort als etwas schwächer.

Signifikante West-Ost-Unterschiede in der Effektstärke der Bildung zeigen sich lediglich für die Kategorie der mittleren Bildung, die in Ostdeutschland etwas weniger ausgeprägt ist als in Westdeutschland. Bemerkenswert ist auch der Befund, dass sich die Stärke der Zusammenhänge zwischen den objektiven Schichtungsvariablen und der subjektiven Schichtzugehörigkeit im Zeitverlauf (1991-2008) nicht oder nicht wesentlich verändert hat.

#### Ost-West-Unterschiede in der subjektiven Schichteinstufung nicht auf differentielle Verteilung der objektiven Schichtungsindikatoren zurückzuführen

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse verdeutlichen allerdings auch, dass die erheblichen – wenn auch im Zeitverlauf verringerten – Unterschiede in der subjektiven Schichteinstufung von West- und Ostdeutschen, durch die betrachteten objektiven Statusvariablen nicht zu erklären sind. West- und Ostdeutsche unterscheiden sich auch dann signifikant in ihrer Zuordnung zu sozialen Schichten, wenn Unterschiede in den Bildungsabschlüssen, dem Niveau der Haushaltsnettoeinkommen und den berufsbezogenen Klassenlagen kontrolliert werden. Die Ergebnisse deuten sogar darauf hin, dass die West-Ost-Differenzen in der subjektiven Schichteinstufung durch die Kontrolle dieser Variablen nicht einmal verringert werden. Das bedeutet, dass die zu beobachtenden Differenzen auf andere als die hier betrachteten Faktoren zurückzuführen sein müssen. Manches spricht zudem dafür, dass dabei auch unterschiedliche Vergleichsmaßstäbe eine Rolle spielen, die bei der Perzeption und Bewertung des eigenen Status im Vergleich zu anderen zugrunde gelegt werden.

Auch wenn die subjektive Schichteinstufung in erheblichem Umfang durch den objektiven sozialen und ökonomischen Status geprägt wird, hängt es offensichtlich nicht allein von dem erreichten Bildungsniveau, dem Einkommen und der Klassenlage ab, welchen sozialen Schichten sich Personen subjektiv zugehörig fühlen. Um der Frage empirisch nachzugehen, welche weiteren Faktoren dabei eine Rolle spielen, werden nachfolgend zwei bereits betrachtete Zusammenhänge exemplarisch herausgegriffen und näher beleuchtet:

- die subjektive Schichteinstufung der Klassenlage „Fach-, Landarbeiter
- die subjektive Schichteinstufung von Personen mit einer mittleren Einkommensposition (70-150% des Medians des äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens)

#### Auch Wohneigentum, Gewerkschaftsmitgliedschaft und soziale Herkunft wichtige Determinanten der subjektiven Schichteinstufung

Detailliertere Analysen dieser Zusammenhänge führen zunächst zu dem Befund, dass es neben den Einzeleffekten der drei betrachteten Statusmerkmale auch von deren Kombina-

**Tabelle 2: Regressionsanalysen zur Schichteinstufung**

Determinanten der Schichteinstufung <sup>1,2</sup>	nur Fach-/ Landarbeiter: Einstufung Unter-/ Arbeiterschicht vs. Mittelschicht <sup>3</sup>	nur Personen in der Einkommens- mittelschicht: Einstufung Mittelschicht vs. Unter-/ Arbeiterschicht <sup>3</sup>	
Alter	1,04***	0,90	0,61**
Ostdeutschland	0,30***	0,28***	3,90***
Jahre 1991 - 2008	0,58***	0,71*	1,87***
Ost x Jahre 1991 - 2008	1,71***	1,90**	0,51***
Einkommensposition	2,16***	1,69***	-
Ost x Einkommensposition	1,11	-	-
Hauptschule	1	1	1
Realschule	1,83***	1,19	0,59***
Abitur	3,53***	3,61***	0,29***
Sonstiges	2,92***	3,55***	0,45**
Ost & Realschule	0,77**	-	-
Ost & Abitur	0,96	-	-
Ost & Sonstiges	1,77	-	-
Obere Dienstklasse <sup>4</sup>	1	-	0,13***
Untere Dienstklasse <sup>4</sup>	0,57***	-	0,19***
Einfache Büroberufe <sup>4</sup>	0,43***	-	0,24***
Arbeitgeber (2-49 Mitarbeiter) <sup>4</sup>	0,77*	-	0,15***
Selbstständiger/ Landwirt <sup>4</sup>	0,40***	-	0,29***
Leitender Arbeiter/ Techniker <sup>4</sup>	0,23***	-	0,53***
Fach-/ Landarbeiter <sup>4</sup>	0,13***	-	1
Einfache Arbeiter <sup>4</sup>	0,10***	-	1,27**
Sonstige, nicht-manuell <sup>4</sup>	0,29***	-	0,46***
Wohneigentum	1,46***	1,40***	0,73***
Mitglied Gewerkschaft	0,82***	0,81*	1,18*
Vater: Obere Dienstklasse	1	1,63*	0,60***
Vater: Untere Dienstklasse	0,90	1,79***	0,59***
Vater: Einfache Büroberufe	0,86	2,42**	0,57**
Vater: Arbeitgeber (2-49 Mitarbeiter)	0,87	1,80*	0,59***
Vater: Selbstständiger/ Landwirt	0,55***	1,15	0,94
Vater: Leitender Arbeiter/ Techniker	0,68***	1,05	0,75***
Vater: Fach-/ Landarbeiter	0,52***	1	1
Vater: Einfacher Arbeiter	0,49***	0,87	0,99
Vater: Sonstige	0,69	2,54	0,66
Pseudo-R <sup>2</sup>	0,26	0,08	0,20

odds ratios; \* p &lt; 0,05; \*\* p &lt; 0,01; \*\*\* p &lt; 0,001

1) 3-stufig

2) Ordinale logistische Regression

3) Logistische Regression

4) Basis für Klassenbildung = Einordnungsberuf

Datenbasis: kumulierter Allbus 1991-2008

tion abhängt, welcher sozialen Schicht sich Personen subjektiv zuordnen: Bei gegebener Klassenlage (Fach-, Landarbeiter) nimmt z. B. die Wahrscheinlichkeit sich eher der Mittelschicht als der Unter-/Arbeiterschicht zugehörig zu betrachten, mit dem Schulabschluss und dem Einkommen zu (Tabelle 2). Darüber hinaus lassen sich aber weitere Merkmale identifizieren, die einen maßgeblichen Einfluss darauf haben, ob sich Personen in der einen oder der anderen sozialen Schicht lokalisieren. Ob sich Arbeiter in die Mittel- oder Arbeiterschicht einordnen, hängt – bei gegebenem Bildungsabschluss und Einkommen – auch davon ab,

ob sie über Wohneigentum verfügen und Mitglied einer Gewerkschaft sind. Während das Wohneigentum die Chance um das 1,4-fache erhöht, dass sich ein Fach- oder Landarbeiter der Mittelschicht zuordnet, wird sie durch eine Gewerkschaftsmitgliedschaft um ca. 20% vermindert, jeweils bei Kontrolle der übrigen Einflussfaktoren. Darüber hinaus hat auch die soziale Herkunft neben ihrem indirekten – über Bildung und die eigene Klassenlage vermittelten – noch einen direkten Effekt auf die subjektive Schichtidentifikation: Das zeigt sich z. B. besonders deutlich bei Fach- und Landarbeitern, deren Väter nicht selbst Fach-

oder Landarbeiter waren, sondern eine „white collar“ Position innehatten: Unter diesen Umständen erhöht sich die Chance der Einstufung in die Mittelschicht um das 1,8-fache (Vater: „untere Dienstklasse“; „mittlerer Selbständiger“) bzw. das 2,4-fache (Vater: „einfache Büroberufe“).

Geht man der Frage nach, von welchen Faktoren die subjektive Schichteinstufung von Personen mit einer mittleren Einkommensposition (70-150% des Medians des Haushaltsnettoeinkommens) bestimmt wird, zeigen sich ähnliche Zusammenhänge. Tatsächlich stufen sich von den Personen, die auf die mittlere Einkommenskategorie entfallen, 56% in die Mittelschicht und 39% in die Unter- und Arbeiterschicht ein. Den Resultaten unserer Analysen zufolge, ist die Chance sich nicht mit der Mittelschicht, sondern mit der Unter- und Arbeiterschicht zu identifizieren, für die Bezieher mittlerer Haushaltseinkommen – die verschiedentlich mit der Mittelschicht gleichgesetzt worden sind (z. B. Goebel/Gornig/Häußermann 2010 und Enste/Erdmann/Kleineberg 2011) – besonders hoch, wenn sie eine Tätigkeit als Fach- oder einfache Arbeiter ausüben und Mitglied einer Gewerkschaft sind, lediglich über einen Hauptschulabschluss und nicht über Wohneigentum verfügen, sowie aus einem Elternhaus kommen, wo der Vater auch Arbeiter war (Tabelle 2). Jedes dieser Merkmale mindert die Chance für die Bezieher mittlerer Einkommen, sich mit der Mittelschicht zu identifizieren und erhöht die Chance, sich in die Unter- und Arbeiterschicht einzustufen.

Diese Befunde unterstreichen nicht nur, dass die subjektive Schichtzugehörigkeit von einer Reihe von unterschiedlichen Faktoren und deren spezifischer Konstellation bestimmt wird, sondern auch, dass sich nachvollziehbare Kriterien und plausible Merkmale identifizieren lassen, an denen sich die Befragten orientieren, wenn sie sich der einen oder anderen sozialen Schicht zuordnen. Die Ergebnisse sprechen zudem dafür, dass es sich bei sozialen Schichten – wie bereits bei soziologischen Klassikern, wie z. B. Theodor Geiger, angelegt – nicht um eindimensionale, sondern um mehrdimensionale Konstrukte handelt.

Abschließend soll geprüft werden, ob und inwieweit mit der subjektiven Schichtzugehörigkeit auch Einstellungs- und Verhaltenskonsequenzen verbunden sind, d. h. zwischen Personen, die sich der einen oder anderen sozialen Schicht zuordnen, signifikante Differenzen in bestimmten Einstellungs- und Verhaltensdimensionen nachgewiesen werden können. Es versteht sich von selbst, dass sich diese Analyse im vorliegenden Beitrag auf ausgewählte Aspekte beschränken muss, zu denen im ALLBUS 2008 Informationen vorliegen. Für die Untersuchung von potenziellen Einstellungsdimensionen wurden vier Variablen herangezogen: (1) die subjektive Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage; (2) die Einschätzung, ob man „in einem Land wie Deutschland sehr gut leben kann“; (3) die Ein-

**Tabelle 3: Effekte der subjektiven Schichteinstufung auf Bewertungen und Verhalten**

	Wirtschaftslage des Befragten heute	Politisches Interesse des Befragten	In Deutschland kann man sehr gut leben	Gerechter Anteil Lebensstandard	Häufigkeit von Fernsehen pro Woche	Fernsehgesamtdauer pro Tag in Minuten
Mittelschicht	-0,23***	-0,15***	-0,12***	0,25***	-0,03	-0,05**
Obere Mittelschicht/ Oberschicht	-0,17***	-0,11***	-0,08***	0,18***	-0,02	-0,04
Adjusted R <sup>2</sup>	0,23	0,16	0,10	0,21	0,08	0,13
Adjusted R <sup>2</sup> (ohne subjektive Schicht)	0,18	0,15	0,08	0,16	0,08	0,12

OLS-Regressionen: Standardisierte Koeffizienten unter Kontrolle von Ost-/ Westdeutschland, Alter, Einkommensposition und Schulabschluss

\* p < 0,05; \*\* p < 0,01; \*\*\* p < 0,001

Datenbasis: Allbus 2008

schätzung, dass man im Vergleich zu anderen, die in Deutschland leben, seinen gerechten Anteil erhält; (4) das Ausmaß des politischen Interesses. Ob mit der „gefühlten“ Zugehörigkeit zu unterschiedlichen sozialen Schichten möglicherweise auch Verhaltensunterschiede verbunden sind, wurde exemplarisch anhand der Häufigkeit und Dauer des Fernsehens untersucht, Verhaltensgewohnheiten, die verschiedentlich mit der Schichtzugehörigkeit in Zusammenhang gebracht worden sind. Um die Frage zu prüfen, ob signifikante Schichteffekte vorliegen, wurden lineare Regressionsanalysen durchgeführt und die Nettoeffekte der subjektiven Schichtzugehörigkeit bei gleichzeitiger Kontrolle der Region (Ost-, Westdeutschland), des Alters der Befragten sowie ihrer Einkommensposition und schulischen Qualifikation ermittelt (Tabelle 3).

### „Eigenständige“ Effekte der subjektiven Schichtzugehörigkeit auf Einstellungen zu Lebensbedingungen und politisches Interesse

Die Ergebnisse der durchgeführten Analysen sprechen für die Annahme, dass sich Personen, die sich mit unterschiedlichen sozialen Schichten identifizieren, auch im Hinblick auf spezifische Einstellungen unterscheiden: Für alle vier der hier betrachteten Einstellungsvariablen wurde ein deutlicher – und über die Effekte von Einkommen und Bildungsabschluss hinausgehender – Einfluss der subjektiven Schichtzugehörigkeit bestätigt. Das heißt, auch bei gleichem Einkommen und Bildungsabschluss bewerten Personen, die sich der Mittel- oder der oberen Mittel- und Oberschicht zuordnen, ihre wirtschaftliche Lage besser als diejenigen, die sich mit der Unter- und Arbeiterschicht identifizieren; sie sind zudem häufiger überzeugt, dass man in Deutschland sehr gut leben kann und dass sie einen gerechten Anteil am Wohlstand erhalten und sie haben auch ein ausgeprägteres politisches Interesse. Sämtliche Effekte sind hochsignifikant (99,9%). Im Gegensatz dazu haben die Analysen keine signifikanten – und über Einkommens- und Bildungseinflüsse hinausgehenden – Effekte der subjektiven Schichtzugehörigkeit auf das Fernsehverhalten ergeben. Dabei ist jedoch zu betonen, dass in dieser Analyse lediglich Unterschiede in Häufigkeit und Dauer, nicht aber in den inhalt-

lichen Sehgewohnheiten betrachtet wurden, die möglicherweise stärker von der subjektiven Schichtzugehörigkeit beeinflusst werden.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sich soziale Schichten im Zuge des gesellschaftlichen Wandels – anders als in den 1980er und 1990er Jahren proklamiert – keineswegs aufgelöst haben, sondern sowohl im Bewusstsein der Bevölkerung nach wie vor fest verankert sind als auch das gesellschaftliche Leben in Deutschland weiterhin maßgeblich strukturieren. Welcher sozialen Schicht sich die Bürger selbst zuordnen, hängt zwar eng mit ihrer Bildung, ihrem beruflichen Status und ihrem Einkommen zusammen, lässt sich aber durch diese Merkmale allein nicht erklären, sondern wird darüber hinaus von weiteren Faktoren – z. B. der sozialen Herkunft – sowie sozialen Vergleichsprozessen bestimmt. Auf ein Schrumpfen der gesellschaftlichen Mitte, das erst kürzlich in den Medien diskutiert wurde, deuten die Daten zur subjektiven Schichtzugehörigkeit nicht hin. Dagegen offenbaren sie, dass sich West- und Ostdeutsche auch zwanzig Jahre nach der Vereinigung deutlich darin unterscheiden, wo sie sich im gesellschaftlichen Statusgefüge positionieren. Bemerkenswert erscheint dabei der Befund, dass diese Diskrepanz nicht auf Unterschiede in der Verteilung von Bildungsabschlüssen, Einkommen und beruflichem Status zurückzuführen ist, sondern wohl eher Unterschiede in der Wahrnehmung und Bewertung der eigenen gesellschaftlichen Position zum Ausdruck bringt.

- 1 Zu einer Übersicht über diese Debatte vgl. Noll (2002).
- 2 Ausführlicher dazu und zum Folgenden Noll (1999).
- 3 Weitere Antwortvorgaben sind: keine dieser Schichten, Einstufung abgelehnt, weiß nicht.
- 4 Ein Schrumpfen der Mittelschicht ist übriges auch auf der Grundlage der Verteilung der Goldthorpe-Klassenlagen (vgl. dazu Fußnote 6) weder in West- noch in Ostdeutschland zu beobachten. Fasst man die „untere Dienstklasse“, Selbstständige (1-49 Angestellte), Landwirte, Techniker, Beschäftigte mit nicht-manuellen Routinetätigkeiten sowie die „Arbeiterelite“ (Vorarbeiter/Meister) zur Mittelschicht zusammen, so hat sich deren Anteil in

Westdeutschland zwischen 1980 und 2008 nur minimal von 52 auf 49% verringert. In Ostdeutschland ging der Anteil der so abgegrenzten Mittelschicht zwischen 1991 und 2008 ebenfalls unwesentlich von 44 auf 42% zurück.

- 5 Dass die vorgegebenen Schichtkategorien von den Befragten auch als Hierarchie verstanden werden, ist daran zu erkennen, dass die subjektive Schichtidentifikation eng mit der Einstufung auf einer anderen subjektiven Statusskala – der sogenannten „oben-unten“-Skala zusammenhängt: je höher die Schichteinstufung, desto höher erweist sich auch die Einstufung auf der 11-stufigen (0-10) „oben-unten“-Skala. Die Abstände zwischen der Unter-/Arbeiterschicht und der Mittelschicht sowie zwischen der Mittelschicht und der oberen Mittel-/Oberschicht betragen jeweils ca. 1,5 Skaleneinheiten und sind in West- und Ostdeutschland nahezu identisch. Allerdings stuft sich Ostdeutsche (5,2) auch auf der „oben-unten“-Skala im Durchschnitt etwas niedriger ein als Westdeutsche (5,9).
- 6 Vgl. zum „Goldthorpe-Klassenschema“ und der Bildung entsprechender ALLBUS-Variablen das ALLBUS-Datenhandbuch 1980-2008, Note 27, S. 1126 (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 2009). Für Erwerbstätige wird die Klassenlage anhand ihrer eigenen aktuellen beruflichen Stellung und Tätigkeit bestimmt. Die Klassenlage von Nichterwerbstätigen wird dagegen indirekt über ihren sogenannten „Einordnungsberuf“ ermittelt, d. h. bei ehemals Erwerbstätigen über die Merkmale ihrer früheren Erwerbstätigkeit, bei nie oder noch nicht Erwerbstätigen über die Erwerbstätigkeit des Vaters oder Ehepartners. Zu Einzelheiten der Konstruktion des Einordnungsberufs vgl. ALLBUS-Datenhandbuch 1980-2008, Note 30, S. 1142 (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 2009).
- 7 Die nachfolgend präsentierten Regressionsbefunde beruhen auf Berechnungen mit dem kumulierten Datensatz der Allbus – Befragungen von 1991 bis 2008 und wurden mit der Stata-Routine „ologit“ durchgeführt.

Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Bearbeiter: Michael Ter-

wey, Stefan Balzer), 2009: *Datenhandbuch 1980-2008. Studiennummer 4570. Köln und Mannheim: Gesis – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften.*

Beck, Ulrich, 1983: *Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. S. 35-74 in: Reinhard Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2. Göttingen: Verlag Otto Schwarz & Co.*

Hradil, Stefan, 1987: *Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen: Leske + Budrich.*

Enste, Dominik H., Erdmann, Vera, Kleineberg, Tatjana, 2011: *Mythen über die Mittelschicht. Wie schlecht steht es wirklich*

*um die gesellschaftliche Mitte. München: Schriftenreihe des Roman Herzog Instituts.*

Geißler, Rainer, 2010: *Die Sozialstruktur Deutschlands. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle. Gutachten im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.*

Goebel, Jan, Gornig, Martin, Häußermann, Hartmut, 2010: *Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. Wochenbericht des DIW Berlin 24/2010: 2-8.*

Grabka, Markus, Frick, Joachim, 2008: *Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? Wochenbericht des DIW Berlin 10/2008: 101-108.*

Noll, Heinz-Herbert, 1999: *Subjektive Schicht-einstufung – Neue Befunde zu einer tradi-*

*tionellen Frage. S. 147-162 in: Wolfgang Glatzer, Ilona Ostner (Hg.), Deutschland im Wandel - Sozialstrukturelle Analysen. Opladen: Leske + Budrich.*

Noll, Heinz-Herbert, 2002: *Class, Stratification and Beyond: The German Case. S. 45-73 in: Yannick Lemel, Heinz-Herbert Noll (eds.), Changing Structures of Inequality: A Comparative Perspective. Series "Comparative Charting of Social Change", Vol. X. Montreal et al.: McGill-Queen's University Press.*

#### Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241 und -245  
heinz-herbert.noll@gesis.org  
stefan.weick@gesis.org

## Individuelle Erfahrung des Alterns stark von Behinderung beeinflusst

### Analysen zum sozialen Wohlbefinden älterer Menschen mit Behinderung in Europa

*Die Lebenserwartung der EuropäerInnen steigt stetig an. Eine zu beobachtende Konsequenz daraus ist ein höherer Anteil älterer Menschen in europäischen Gesellschaften. Da die Erwerbsjahre nicht proportional zur Lebenserwartung ansteigen, verbringen ältere Menschen heute einen größeren Abschnitt ihres Lebens in der sogenannten Dritten Lebensphase, dem Ruhestand. Aus einer gesundheitlich und finanziell guten Lage heraus, schaffen es viele ältere Menschen diese gewonnene Lebenszeit für neue soziale und auch wirtschaftliche Erfahrungen zu nutzen. Gleichzeitig muss jedoch hervorgehoben werden, dass ältere Menschen keinesfalls eine homogene Gesellschaftsgruppe sind, sondern sich durch ihre gesundheitliche, soziale und auch finanzielle Verfassung voneinander unterscheiden. Eine weitreichende individuelle Erfahrung des Alterns ist der Eintritt einer Behinderung, die vielfach mit deutlichen gesundheitlichen Einschränkungen verbunden ist und „Active Ageing“ zu einem bloßen Schlagwort macht.*

Die Deprivierungen, die Menschen mit Behinderungen erfahren, werden oft in Bezug auf ihre Benachteiligungen in der „Vorruhestandsphase“, sprich auf dem Arbeitsmarkt, diskutiert und konzentrieren sich häufig auf wirtschaftliche Aspekte, wie beispielsweise das relativ höhere Risiko der Einkommensarmut von Menschen mit Behinderung (z. B. Zaidi/Burchardt 2009). Obwohl die individuelle Erfahrung des Alterns maßgeblich von einer finanziell prekären Situation beeinflusst wird, spielen auch andere Formen von Benachteiligung eine Rolle. Der vorliegende Beitrag stellt daher die sozialen Aspekte von Benachteiligung in den Vordergrund und untersucht, ob und in welchem Ausmaß Behinderung einen Einfluss darauf hat.

Mit Hilfe von deskriptiven und multivariaten Analysen wird der Einfluss der Behinderung auf das Wohlbefinden älterer EuropäerInnen untersucht. Als Datenquelle dient der European

Social Survey (ESS) Runde 3, der 2006 in 25 europäischen Ländern<sup>1</sup> durchgeführt wurde. Der ESS befragt in regelmäßigen Abständen, in Privathaushalten lebende Personen ab dem Alter von 15 Jahren zu sozial-politischen Themen und enthält 2006 ein spezielles Modul mit dem Thema persönliches und soziales Wohlbefinden. Die den dargestellten Ergebnissen zugrunde liegenden Analysen verwenden die gepoolten Daten aller ESS Länder mit Ausnahme Russlands und der Ukraine. Die Stichprobengröße beträgt 10.952 Personen im Alter von 60 Jahren und älter. Davon werden 4.956 Personen als Menschen mit Behinderung definiert. Die Mehrheit der Personen im Alter von 60 und älter ist weiblich (55%), zwischen 60 und 69 Jahren alt (50%), verheiratet (63%) und bereits im Ruhestand (73%).

Neben deskriptiven werden multivariate Analysemethoden (ordinale logistische Regression) herangezogen, um den Einfluss

unterschiedlicher Faktoren zu selektieren und den spezifischen Einfluss von Behinderungen zu bestimmen.<sup>2</sup>

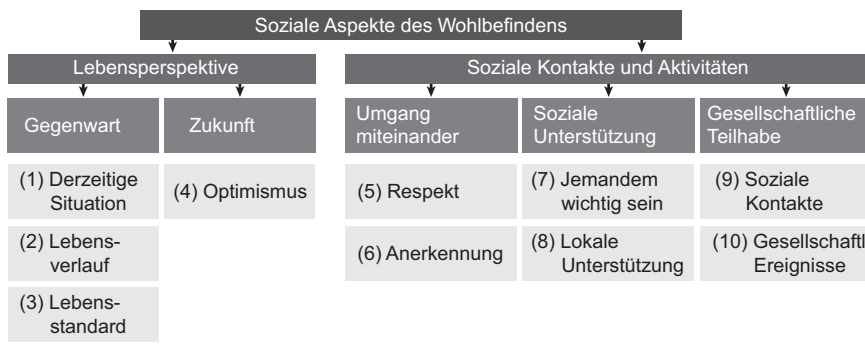
Der ESS beinhaltet keine direkte Frage nach Behinderung, jedoch eine globale Frage nach der gesundheitlichen Situation, die stellvertretend dafür herangezogen werden kann.

Als Menschen mit Behinderung werden jene Befragte definiert, die auf die folgende Frage mit „Ja, bis zu einem gewissen Grad“ bzw. „Ja, stark“ geantwortet haben: „Werden Sie bei Ihren täglichen Aktivitäten in irgendeiner Weise von einer langjährigen Krankheit oder eine Behinderung, einem Gebrechen oder einer seelischen Krankheit beeinträchtigt?“. Aufgrund des eher geringen Stichprobenumfangs (auf nationaler Ebene) ist es nicht möglich, zwischen Personen, die nur zu einem gewissen Grad beeinträchtigt sind, und jenen mit starker Beeinträchtigung zu unterscheiden. Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um eine subjektive Einschätzung handelt und sich diese von institutionellen Definitionen, wie etwa Personen, die soziale Unterstützung aufgrund von Invalidität erhalten, unterscheiden kann. Da der ESS nur Personen in Privathaushalten befragt, sind Personen, die in institutionellen Einrichtungen – wie etwa Altersheimen – leben von der Analyse ausgeschlossen. Personen mit psychischen Erkrankungen wie Demenz oder Alzheimer sind zwar grundsätzlich enthalten, aber erfahrungsgemäß ist diese Personengruppe in Befragungen häufig unterrepräsentiert.

Die Darstellung der Ergebnisse konzentriert sich auf die Unterschiede in den Indikatorwerten zwischen älteren Menschen mit und ohne Behinderung. Auf die Problematik von kulturellen Unterschieden bei der Beantwortung von Fragen zur Lebenszufriedenheit muss daher keine Rücksicht genommen werden.

Das Konzept des Wohlbefindens hängt eng mit dem Konzept der Lebensqualität zusammen, das bereits in seiner Geburtsstunde

**Grafik 1: Soziale Aspekte des Wohlbefindens**



als mehrdimensionales Konzept verstanden wurde (Schäfers 2008; Noll/Weick 2010). Ausgehend von einer Definition, die über finanzielle Faktoren hinausgeht, konzentriert sich der Beitrag auf soziale Aspekte des Wohlbefindens und teilt diese in die Kategorien Lebensperspektive und soziale Kontakte und Aktivitäten ein (Grafik 1).

Fragen zur Lebensperspektive beziehen sich auf die aktuelle Situation, den Lebensverlauf als Gesamtes, die Zufriedenheit mit dem derzeitigen Lebensstandard sowie darauf, ob man optimistisch in die Zukunft blickt. Während diese Fragen eher die allgemeine Lebenssituation betreffen, beschäftigt sich der zweite Teil der Analyse mit spezifischen und persönlichen Fragen zu sozialen Bindungen. Dort wird der Umgang, die soziale Unterstützung und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen untersucht. Dabei geht es im Einzelnen darum, ob man sich mit Respekt behandelt fühlt; ob man das Gefühl hat die Anerkennung zu bekommen, die man verdient; ob es Menschen im Leben gibt, für die man wichtig ist; ob lokale Hilfe in der näheren Wohnumgebung zur Verfügung steht und um Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe. Gesellschaftliche Teilhabe umfasst die Häufigkeit sozialer Kontakte in Form von Treffen mit Freunden, Verwandten und ArbeitskollegInnen außerhalb des Arbeitsplatzes sowie die subjektive Einschätzung der Häufigkeit der Teilnahme an gesellschaftlichen Ereignissen – im weiteren Sinn – im Vergleich zu Gleichaltrigen.

John Donne schrieb einst den bekannten Satz: „No man is an island“ und streicht damit den sozialen Charakter der Menschen heraus. Da Menschen nicht isoliert voneinander leben, zeigen die Ergebnisse nicht nur, wie jemand sein/ihr Leben subjektiv bewertet, sondern auch, wie jemand sein/ihr Leben im Kontext eines bestimmten sozialen Umfelds, indem er/sie lebt, evaluiert.

**Wohlbefinden älterer Menschen mit Behinderung erheblich beeinträchtigt**

Erste Analysen ergeben, dass ältere Menschen mit Behinderung in Bezug auf alle betrachteten Indikatoren im Vergleich zu Menschen ohne Behinderung signifikant benachteiligt sind. Tabelle 1 zeigt, dass diese Diskrepanz vor allem in den Aspekten der Lebensperspek-

tive gravierend ist. Ältere Menschen mit Behinderung sind um 14 Prozentpunkte weniger zufrieden mit ihrer aktuellen Lebenssituation, um 7 Prozentpunkte weniger zufrieden mit ihrem Lebensverlauf und um 10 Prozentpunkte weniger zufrieden mit ihrem Lebensstandard. Hinzu kommt, dass ältere Menschen mit Behinderung auch weniger optimistisch über ihre Zukunft denken (-11 Prozentpunkte). Im Hinblick auf die sozialen Kontakte und Aktivitäten sind die Unterschiede zwischen älteren Menschen mit und ohne Behinderung im Vergleich dazu zwar deutlich geringer, aber dennoch signifikant ( $p < 0,01$ ). So sind Personen mit Behinderung zwischen 1 bis 5 Prozentpunkte häufiger in der negativen Kategorie vertreten und 4 bis 10 Prozentpunkte weniger in der positiven Kategorie. Am deutlichsten sind die Unterschiede innerhalb der gesellschaftlichen Teilhabe. Ältere Personen mit Behinderung haben um 8 Prozentpunkte häufiger keine bis sehr wenige soziale Kontakte und glauben zudem deutlich häufiger (+16 Prozentpunkte), dass sie weniger an gesellschaftlichen Ereignissen teilnehmen als nicht behinderte Personen ihres Alters.

Obwohl die dargestellten Ergebnisse auf den ersten Blick eine soziale Benachteiligung älterer Menschen mit Behinderung zeigen, sind dabei andere mögliche Einflussfaktoren

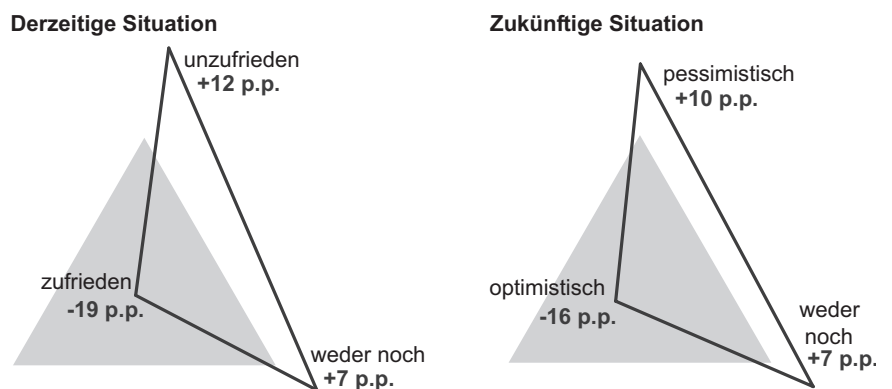
wie etwa Geschlecht, Alter, Familienstand, Bildungsniveau oder die finanzielle Situation noch nicht kontrolliert. Diese möglichen Einflussfaktoren werden in den folgenden multivariaten Modellen, neben länderspezifischen Unterschieden, berücksichtigt.<sup>3</sup>

**Die Zukunftsperspektiven werden von älteren Menschen mit Behinderung deutlich schlechter beurteilt**

Der Fokus liegt zunächst auf der subjektiven Einschätzung der aktuellen Situation (Indikator 1) älterer Menschen und im Vergleich dazu, der Einschätzung bzw. dem Optimismus gegenüber der Zukunft (Indikator 4). Die Ergebnisse der Regression verdeutlichen, dass die Bewertung der aktuellen Situation durch eine Behinderung am stärksten beeinflusst wird. Die Befragten wurden gebeten, ihr Leben danach zu beurteilen, ob es ihren Vorstellungen entspricht. Die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation kann daher auch als Diskrepanz zwischen Erwartung und subjektiver Einschätzung der tatsächlichen Situation verstanden werden. Personen mit Behinderung beurteilen ihre gegenwärtige Lebensqualität deutlich schlechter als Personen ohne Behinderung. Ihr Leben erfüllt daher seltener die eigenen Erwartungen und die individuell zugrunde gelegten Bewertungsmaßstäbe. Umgekehrt kann der Befund auch so interpretiert werden, dass viele ältere Menschen mit Behinderung nicht in der Lage sind, ihre Erwartungen den momentanen Lebensumständen anzupassen.

Darüber hinaus haben Einschränkungen bei der Bewältigung des Alltags auch Auswirkung auf die zukünftige Lebensperspektive. Wie Personen mit 60 Jahren und älter über ihre Zukunft denken, scheint stark mit der Bewertung ihres eigenen Gesundheitszustandes zusammenzuhängen. So beeinträchtigt eine Behinderung nicht nur das Lebensgefühl in der Gegenwart, sondern auch den Zukunftsoptimismus.

**Grafik 2: Die Einschätzung der derzeitigen und der zukünftigen Situation von älteren Menschen mit und ohne Behinderung**



Personen im Alter von 60 Jahren und älter. Differenz der geschätzten Wahrscheinlichkeit älterer Menschen mit und ohne Behinderung, unter Kontrolle anderer Einflussfaktoren (gologit Ergebnisse). Die ursprünglichen Skalenwerte wurden zu folgenden Kategorien zusammengefasst: 1-2 (zufrieden/optimistisch), 3 (weder noch), 4-5 (unzufrieden bzw. pessimistisch).

Datenbasis: ESS 2006, eigene Berechnungen



**Tabelle 1: Effekte der Bildung auf die Wahrscheinlichkeit des Zusammenlebens mit einem Partner (logistische Regression, odds ratios)**

		keine Behinderung %	mit Behinderung %	Differenz %-Punkte
1. Derzeitige Situation	unzufrieden	11	25	14
	weder noch	17	22	6
	zufrieden	72	53	-20
2. Leben gesamt	unzufrieden	4	10	7
	weder noch	22	32	10
	zufrieden	74	58	-16
3. Lebensstandard	unzufrieden	7	17	10
	weder noch	25	30	6
	zufrieden	69	53	-15
4. Optimismus	optimistisch	10	21	11
	weder noch	20	26	6
	pessimistisch	71	53	-17
5. Respekt	nein	4	6	2
	weder noch	9	12	3
	ja	87	82	-5
6. Anerkennung	nein	7	13	6
	weder noch	17	22	5
	ja	76	65	-11
7. Jemand kümmert sich	nein	3	4	1
	weder noch	4	7	3
	ja	93	89	-4
8. Lokale Unterstützung	nein	20	24	4
	weder noch	20	21	1
	ja	60	55	-5
9. Soziale Kontakte	weniger als monatlich/nie	9	17	8
	min. monatlich	29	27	-2
	min. wöchentlich	47	40	-7
	täglich	15	16	1
	10. Soziale Aktivitäten <sup>1</sup>	seltener	35	51
	ungefähr gleich oft	44	34	-10
	häufiger	21	15	-6

1) Im Vergleich zu Gleichaltrigen

Datenbasis: ESS 2006, eigene Berechnungen

dass ältere Menschen mit Behinderung häufiger pessimistisch (+10 Prozentpunkte) und seltener optimistisch (-16 Prozentpunkte) in die Zukunft blicken.

In der Literatur wird häufig argumentiert, dass Menschen mit Behinderung in der Lage sind, sich mit ihrer neuen Situation abzufinden und ihre Erwartungen an ihre neue Lebenssituation zu adaptieren. Obwohl demnach anzunehmen wäre, dass sich ein Teil der Befragten bereits an die verschlechterte gesundheitliche Situation gewöhnt hat, so zeigen die empirischen Befunde deutlich, dass eine (langjährige) Krankheit, eine Behinderung oder ein psychisches Problem vielfach eine einschneidende Erfahrung bedeutet, die nachhaltige negative Auswirkungen auf das soziale Wohlbefinden hat.<sup>4</sup>

**Obwohl ältere Menschen mit Behinderung weniger soziale Kontakte haben, sind die Unterschiede geringer als von ihnen selbst wahrgenommen**

Obwohl Unterschiede zwischen älteren Menschen mit und ohne Behinderung auch in der Dimension der sozialen Kontakte und Aktivitäten existieren, sind diese geringer als in Bezug auf die Bewertung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebenssituation. Eine wichtige Ausnahme stellen die Indikatoren der gesellschaftlichen Teilhabe dar: (9) Häufigkeit sozialer Kontakte und (10) Teilnahme an gesellschaftlichen Ereignissen im Vergleich zu Gleichaltrigen.

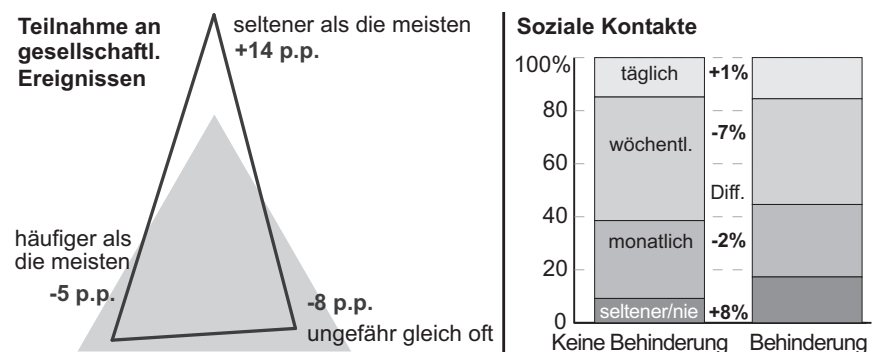
Die linke Seite der Grafik 3 zeigt, dass ältere Menschen mit Behinderung eher zu der Annahme neigen, dass sie seltener an gesellschaftlichen Ereignissen teilnehmen als Gleichaltrige ohne Behinderung (+14 Prozentpunkte). Die Tatsache einer (langjährigen) Krankheit, Behinderung oder eines psychischen Problems beeinflusst daher maßgeblich die Teilnahme an sozialen Aktivitäten. Ein Vergleich mit der

Grafik 2 zeigt die Differenz der geschätzten Wahrscheinlichkeiten zwischen älteren Menschen mit und ohne Behinderung ihre derzeitige und zukünftige Lebenssituation positiv oder negativ einzuschätzen. Das hellgraue Dreieck symbolisiert eine hypothetische Situation, in der Unterschiede im sozialen Wohlbefinden nicht auf Behinderung zurückzuführen sind. Das dunkelgrau umrandete Dreieck hingegen, spiegelt die tatsächliche Situation wider: Jede Ecke des Dreiecks stellt die Differenz zwischen einer idealen und der realen Situation für eine Antwortkategorie dar. Die Abweichungen der beiden Dreiecke voneinander spiegeln somit die Diskrepanz zwischen Realität und einer Welt wider, in der eine Behinderung das Wohlbefinden nicht beeinträchtigt.

Grafik 2: Die Einschätzung der derzeitigen Ergebnisse der Analyse dokumentieren, dass ältere Menschen mit Behinderung weit davon entfernt sind in einer Welt zu leben, in der eine Behinderung das Wohlbefinden nicht beeinträchtigt. So sind sie im Vergleich zu Menschen ohne Behinderung häufiger unzufrieden (+12 Prozentpunkte) und gleichzeitig weniger zufrieden (-19 Prozentpunkte) mit ihrer der-

zeitigen Situation bei Kontrolle der übrigen Merkmale. In gleicher Weise hat sich auch das dunkelgraue Dreieck des Zukunftsindikators nach rechts verschoben und zeigt deutlich,

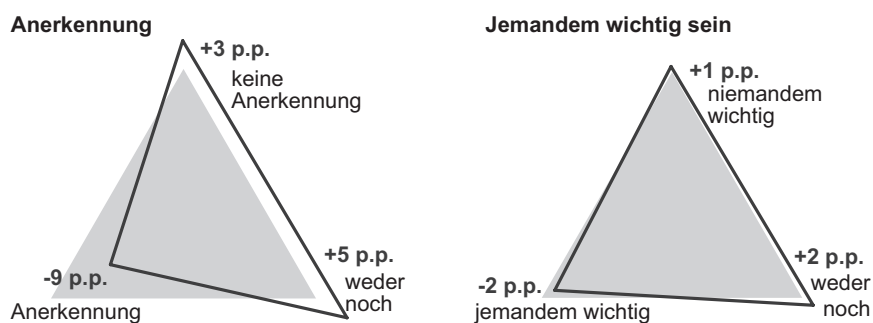
**Grafik 3: Wahrgenommene und tatsächliche Häufigkeit gesellschaftlicher Teilhabe älterer Menschen mit und ohne Behinderung**



Personen im Alter von 60 Jahren und älter. Differenz der geschätzten Wahrscheinlichkeit älterer Menschen mit und ohne Behinderung, unter Kontrolle anderer Einflussfaktoren (gologit Ergebnisse). Die ursprünglichen Skalenwerte der Frage zur Teilnahme an gesellschaftlichen Ereignissen wurden zu folgenden Kategorien zusammengefasst: 1-2 (seltener als die meisten), 3 (ungefähr gleich oft), 4-5 (häufiger als die meisten); jene zur Häufigkeit sozialer Kontakte zu folgenden Kategorien: 1-2 (seltener/nie), 3-4 (monatlich), 5-6 (wöchentlich), 7 (täglich).

Datenbasis: ESS 2006, eigene Berechnungen

**Grafik 4: Indikatoren des Umgangs miteinander und der sozialen Unterstützung bei älteren Menschen mit und ohne Behinderung**



Personen im Alter von 60 Jahren und älter. Differenz der geschätzten Wahrscheinlichkeit älterer Menschen mit und ohne Behinderung, unter Kontrolle anderer Einflussfaktoren (gologit Ergebnisse). Die ursprünglichen Skalenwerte der Frage, ob es Menschen im Leben gibt, denen man wichtig ist, wurden zu folgenden Kategorien zusammengefasst: 1-2 (bin jemandem wichtig), 3 (weder noch), 4-5 (bin niemandem wichtig). Die ursprünglichen Skalenwerten zur Frage der Anerkennung wurden zu folgenden Kategorien zusammengefasst: 0-2 (keine Anerkennung), 3 (weder noch), 4-6 (Anerkennung).

Datenbasis: ESS 2006, eigene Berechnungen

Häufigkeit sozialer Kontakte (siehe rechte Seite der Grafik 3) zeigt, dass ältere Menschen mit Behinderung in der Tat seltener sozial aktiv sind, die wahrgenommene Differenz jedoch größer ist als der Unterschied in der tatsächlichen Häufigkeit gesellschaftlicher Teilhabe.

### Behinderung beeinflusst die Einschätzung des Umgangs miteinander und die soziale Unterstützung nur wenig

Verglichen mit den Indikatoren zur Lebensperspektive und jenen der gesellschaftlichen Teilhabe, ist der Einfluss körperlicher und/oder psychischer Beeinträchtigungen auf Faktoren des sozialen Umgangs miteinander oder dem Gefühl von sozialer Unterstützung gering. Grafik 4 zeigt das Ergebnis der multivariaten Analyse zweier ausgewählter Indikatoren: (5) das Gefühl, die verdiente Anerkennung zu bekommen und (7) das Gefühl Menschen im Leben zu haben, für die man wichtig ist.

Ältere Menschen mit Behinderung haben seltener (-9 Prozentpunkte) das Gefühl, die Anerkennung zu bekommen, die sie verdienen, und häufiger (+3 Prozentpunkte) das Gefühl, eine entsprechende Anerkennung nicht zu bekommen. Unterschiede bestehen auch bei der Frage, ob ältere Menschen das Gefühl haben, jemandem wichtig zu sein. Obwohl die Unterschiede signifikant sind, bewegen sie sich lediglich in einem Bereich von 1 bis 2 Prozentpunkten.

Es zeigt sich, dass in dieser Dimension die Realität der hypothetischen Situation, in der Behinderung keinen Einfluss hat, sehr nahe kommt. Ältere Menschen mit Behinderung wahrnehmen und bewerten die Unterstützung ihres Umfelds und den sozialen Umgang miteinander ähnlich wie Personen ohne Behinderung. Die Ergebnisse der Regression legen das Weiter nahe, dass auch der Einfluss anderer Faktoren wie Geschlecht, Alter, Familienstand, Bildung oder Einkommen eher gering ist.

Dieses paradoxe „Nichtergebnis“ impliziert, dass möglicherweise andere Attribute (ob beobachtet oder latent) jenseits der üblichen sozio-demografischen Merkmale als Einflussfaktoren von Bedeutung sein könnten. Der Befund eines schwachen Zusammenhangs könnte zudem auf die Art der Frageformulierung zurückzuführen sein, denn während Fragen zur Lebensperspektive eher allgemein gestellt sind, beziehen sich Fragen zum Umgang miteinander und der sozialen Unterstützung auf sehr konkrete und spezifische Sachverhalte.

### Die individuelle Erfahrung des Alterns wird stark von Behinderung beeinflusst

Die präsentierten empirischen Ergebnisse machen deutlich, dass Behinderung einen signifikanten Einfluss auf das soziale Wohlbefinden in der dritten Lebensphase hat. Die Analysen zeigen außerdem, dass die Benachteiligung älterer Menschen mit Behinderung über finanzielle Benachteiligung hinausgeht und multidimensional ist. Gleichzeitig gibt es jedoch kein Muster sozialer Benachteiligung, das sich über alle untersuchten Dimensionen erstreckt. Der Einfluss der Behinderung auf das soziale Wohlbefinden ist vielmehr von Indikator zu Indikator verschieden. Während die Unterschiede in der Bewertung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebenssituation sehr ausgeprägt sind, ist die Diskrepanz zwischen älteren Menschen mit und ohne Behinderung in den Kategorien des Umgangs miteinander und der sozialen Unterstützung eher gering. Innerhalb der Dimension der sozialen Kontakte und Aktivitäten zeigen sich nur bei den Fragen nach der gesellschaftlichen Teilhabe deutliche Unterschiede.

1 Die im ESS3-2006 enthaltenen Länder sind: Österreich, Belgien, Bulgarien, Zypern, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Lettland, die Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Slowakei,

Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz, Ukraine und das Vereinigte Königreich.

- 2 Anstelle der einfacheren Methode der ordered logistic regression (ologit) wird die generalized ordered logistic regression (gologit, Williams 2006) verwendet, um der häufig verletzten Annahme der parallelen Regression entgegenzuwirken. Obwohl die Interpretation der Ergebnisse sehr ähnlich ist, lassen sich die Einflussfaktoren mit dieser Methode zuverlässiger bestimmen.
- 3 Die detaillierten Ergebnisse der Regressionsanalyse werden in Tabelle A.1 in Gasior/Zaidi (2010) dargestellt. Mögliche Interaktionseffekte, wie beispielsweise Behinderung und Geschlecht, Behinderung und Alter, Behinderung und Bildungsstand sowie zwischen Behinderung und Familienstand, wurden zwar getestet, führten jedoch nur zu einer geringfügigen Veränderung der Koeffizienten und blieben daher unbeachtet. Somit sind die jeweiligen Wechselwirkungen nicht Teil des Modells bzw. der dargestellten Ergebnisse.
- 4 Vgl. dazu auch die Befunde entsprechender Längsschnittanalysen (Weick 2006).

Gasior, Katrin, Zaidi, Asghar, 2010: *Social Well-being of Disabled Older Persons. An Evidence of Unequal Ageing in Europe. Policy Brief October 2010*. Wien: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung. [http://www.euro.centre.org/data/1287734853\\_70226.pdf](http://www.euro.centre.org/data/1287734853_70226.pdf)

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2010: *Materielle Lebensbedingungen prägen Lebenszufriedenheit in Deutschland stärker als in anderen Ländern*. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 44: 5-10.

Schäfers, Markus, 2008: *Lebensqualität aus Nutzersicht. Wie Menschen mit geistiger Behinderung ihre Lebenssituation beurteilen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Weick, Stefan, 2006: *Starke Einbußen des subjektiven Wohlbefindens bei Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit*. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 35: 12-15.

Williams, Richard, 2006: *Generalized Ordered Logit/ Partial Proportional Odds Models for Ordinal Dependent Variables*. *The Stata Journal* 6 (1): 58-82.

Zaidi, Asghar, Burchardt, Tania, 2009: *Estimating the Extra Costs of Living for Disabled People in the EU*. *Joint OECD/ University of Maryland International Conference on Measuring Poverty, Paris: 16-17 März 2009*.

■ **Katrin Gasior und Asghar Zaidi**  
Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien  
Tel: 0043 / 13 19 45 05-18 und -26  
gasior@euro.centre.org  
zaidi@euro.centre.org

# Gleiches Ausmaß, unterschiedliche Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens

## Eine Kohortenanalyse für Ost- und Westdeutschland

*In Westdeutschland findet schon seit geraumer Zeit ein Wandel partnerschaftlicher Lebensformen statt. Der genaue Verlauf dieses Wandels und die Frage seiner Deutung sind zwar nach wie vor umstritten. Klar ist aber, dass die Verbreitung der Ehe abgenommen hat, weil immer später im Lebensverlauf und seltener geheiratet wird. Gleichzeitig hat sich die nichteheliche Lebensgemeinschaft als weitere Form des Zusammenlebens mit einem Partner etabliert. So gesehen sind die partnerschaftlichen Lebensformen vielfältiger geworden. Auch das Leben ohne Partner hat in bestimmten Lebensphasen zugenommen.*

In Ostdeutschland setzt dieser Wandel zu Beginn der 1990er Jahre ein. Davor hat es zwar auch Veränderungen im Heiratsverhalten gegeben und früher als in der Bundesrepublik war es üblich, eine Zeit lang unverheiratet mit seinem Partner zusammenzuleben. Von einer Pluralisierung der Lebensformen, wie sie für die Bundesrepublik festgestellt wird, kann jedoch keine Rede sein. Angesichts geringerer Wahlmöglichkeiten und einer größeren Planbarkeit gab es in der ehemaligen DDR einen – auch staatlich gestützten – Entwurf der Biographie, der von einem großen Teil der Bevölkerung gelebt wurde (z. B. Huinink 1997).

Mit der Übernahme der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik hat sich dies rapide verändert. Ein besonders sichtbares Zeichen hierfür ist die starke Abnahme der Heiratsraten kurz nach der Wende. Wie sich das Ausmaß und die Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens seither entwickeln, wird im Folgenden beschrieben. Dabei steht die Frage im Vordergrund, ob es zu einer Angleichung an Westdeutschland kommt oder es nach wie vor Unterschiede zwischen den Landesteilen gibt.

Die Auswertungen basieren auf den Daten des Mikrozensus. Dabei handelt es sich um eine amtliche Repräsentativerhebung, die mit einem Auswahlsatz von 1% der Bevölkerung jährlich durchgeführt wird. Zwar werden nichteheliche Lebensgemeinschaften im Mikrozensus erst seit 1996 mit einer direkten Frage erfasst, für die Zeit davor können sie jedoch auf Basis von Angaben über die Haushaltszusammensetzung valide geschätzt werden (Lengerer 2007). Zur Beschreibung des Wandels partnerschaftlicher Lebensformen wird ein lebensverlaufs- und kohortenbezogener Ansatz gewählt. Dargestellt wird also, wie sich die Verbreitung des ehelichen und nichtehelichen Zusammenlebens im Lebensverlauf verschiedener Geburtsjahrgänge verändert. Da für die neuen Bundesländer erst ab 1991 Daten vorliegen, können nur kurze Ausschnitte aus den Lebensverläufen beobachtet werden. Auch ein Vergleich zwischen den Kohorten ist nur für

einige Altersjahre möglich. Dennoch gibt die Kohortenperspektive genaue Auskunft über die Träger und den Verlauf der Veränderungen und erlaubt es zumindest ansatzweise, zwischen Alters-, Perioden- und Kohorteneffekten zu trennen.<sup>1</sup> Eine querschnittliche Betrachtung reicht hierfür nicht aus.

Aus Grafik 1 geht der Wandel in der Verbreitung des partnerschaftlichen Zusammenlebens in Ost- und Westdeutschland hervor. Dargestellt ist der nach Alter und Kohorte differenzierte Anteil der Personen, die mit ihrem Partner in einem gemeinsamen Haushalt leben.<sup>2</sup> Sie können mit ihm verheiratet sein, müssen es aber nicht.

Betrachtet man zunächst die Entwicklung über das Alter, ohne die Unterschiede zwischen den Kohorten zu berücksichtigen, so zeigt sich für beide Geschlechter ein sichelförmiges Muster: Zu Beginn des Erwachsenenalters leben noch fast alle ohne Partner. Dann setzt der Prozess der Partnerwahl ein und innerhalb kurzer Zeit nimmt der Anteil der mit einem Partner Zusammenlebenden stark zu. Bis zum Ende des dritten Lebensjahrzehnts ist die Mehrheit der Bevölkerung in einer Partnerschaft gebunden und in den darauffolgenden Altersjahren erreicht das Ausmaß des Zusammenlebens ein Maximum: Über 80% aller Männer und Frauen haben in der Mitte ihres Lebens einen Partner, mit dem sie zusammen wohnen und gemeinsam wirtschaften (so die amtliche Definition des Haushalts). Weil sich Paare trennen, vor allem aber weil Partner sterben, nimmt der Anteil der in Partnerschaft Lebenden dann im höheren Alter (hier nicht dargestellt) allmählich wieder ab.

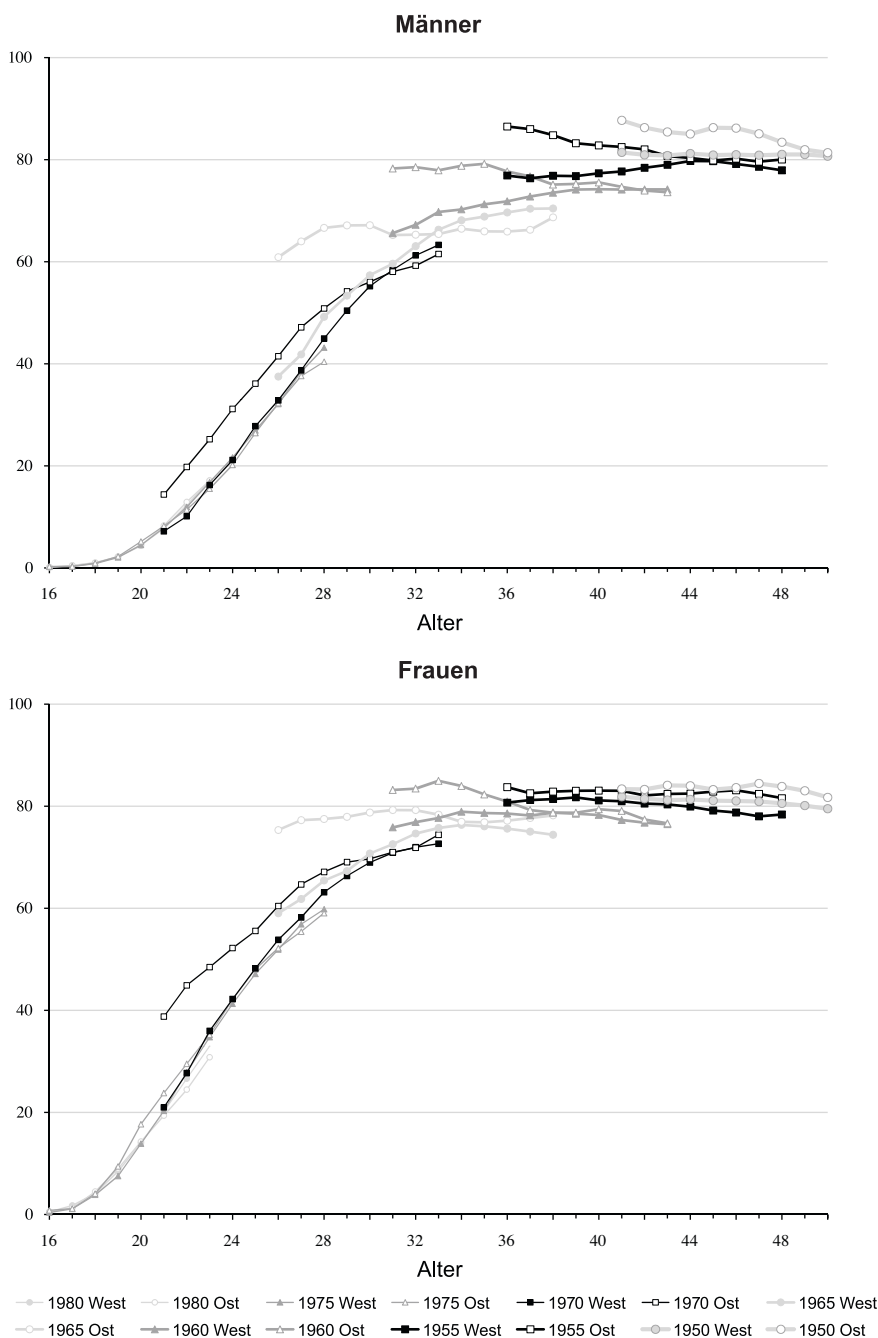
Im jüngeren Alter leben Frauen häufiger mit einem Partner zusammen als Männer, im höheren Alter dagegen zunehmend seltener. Ein Grund hierfür ist, dass Frauen durchschnittlich zwei bis drei Jahre jünger sind als die Männer, mit denen sie zusammenleben. Im oberen Altersbereich kommt hinzu, dass Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer. Sie tragen daher ein deutlich höheres Risiko, den Tod ihres Partners zu erleben.

## Partnerschaften werden später und seltener eingegangen

Über die Kohorten hinweg geht das Ausmaß des partnerschaftlichen Zusammenlebens zurück. Die jüngeren Kohorten leben also seltener mit einem Partner zusammen als die älteren Kohorten. Bei einem Abstand von fünf Jahren zwischen den Kohorten, der für die Darstellung gewählt wurde, ist dies im direkten Vergleich nur für einige Altersjahre sichtbar. Die Entwicklung findet jedoch kontinuierlich in der Abfolge aller Kohorten statt. Im unteren Altersbereich nimmt der Anteil derer, die mit einem Partner zusammenleben, in den jüngeren Kohorten nicht so schnell zu wie in den älteren Kohorten. Dies deutet darauf hin, dass verbindliche partnerschaftliche Beziehungen zunehmend später im Lebensverlauf eingegangen werden. Auch das bis zum mittleren Erwachsenenalter erreichte Niveau des partnerschaftlichen Zusammenlebens geht in der Abfolge der Kohorten zurück. Verbindliche partnerschaftliche Beziehungen werden in den jüngeren Kohorten also seltener eingegangen und/oder häufiger wieder aufgelöst als in den älteren Kohorten. Im höheren Alter dagegen (hier nicht dargestellt) verändert sich wenig. Unter den Frauen nimmt der Anteil der in einer Partnerschaft Lebenden sogar zu. Dies ist eine Folge des Aussterbens der vom Krieg betroffenen Kohorten, in denen das numerische Verhältnis der Geschlechter sehr unausgeglichen war.

Abgesehen von diesem groben Muster gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen. Der in Westdeutschland zu beobachtende Verlauf stellt die Fortsetzung einer Entwicklung dar, die schon seit einigen Jahrzehnten andauert. Bezieht man die für die Bundesrepublik seit den 1960er Jahren verfügbaren Daten des Mikrozensus in die Auswertungen ein (hier nicht dargestellt), zeigt sich, dass der Anteil der mit einem Partner Zusammenlebenden im jüngeren und mittleren Erwachsenenalter stetig zurückgegangen ist. Dies wird auf wachsenden Wohlstand, vermehrte und verlängerte Phasen der Bildung sowie auf die damit einhergehende Zunahme der ökonomischen Unabhängigkeit von Frauen zurückgeführt (z. B. Brüderl/Klein 2003). Kurzfristig unterbrochen wurde dieser Trend nur von den Kohorten, die in den 1960er Jahren in den Prozess der Partnerwahl eingetreten sind. In dieser Zeit erfolgte die Bindung an einen Partner relativ früh im Lebensverlauf, letztlich aber auch nicht häufiger als zuvor. In den jüngsten hier beobachteten Kohorten scheint der Wandel in Westdeutschland jedoch zu einem Stillstand zu kommen. Die 1980 geborenen Männer und Frauen leben – bis zum hier beobachteten Alter von 24 Jahren – anteilig genauso häufig mit einem Partner zusammen wie dies unter den 1970 geborenen Männern und Frauen der Fall ist. Auch in allen Kohorten dazwischen gibt es – bis zum hier jeweils beobachteten Alter, das sukzessive steigt – keine Unterschiede. Ob sie auch im weiteren Lebensverlauf das Niveau

**Grafik 1: Verbreitung des partnerschaftlichen Zusammenlebens in West- und Ostdeutschland, nach Geschlecht, Alter und Kohorte (in %)**



es dagegen weniger als 40%. Bei den Frauen bestehen ähnliche Differenzen. Darin spiegelt sich das aus der ehemaligen DDR bekannte Muster wider: Der Zusammenzug mit einem Partner erfolgte früher im Lebensverlauf und ein größerer Anteil der Bevölkerung war in den Prozess der Partnerwahl eingebunden. Erst im fortgeschrittenen Alter führten vermehrte Trennungen dazu, dass sich das Niveau des partnerschaftlichen Zusammenlebens dem in Westdeutschland annäherte.

Seither vollzieht sich der Wandel in Ostdeutschland mit hoher Geschwindigkeit. Unter den jüngeren Männern und Frauen nimmt der Anteil derer, die mit einem Partner zusammenleben, in kurzer Zeit rasch ab. Auch das bis zum mittleren Erwachsenenalter erreichte Niveau des partnerschaftlichen Zusammenlebens geht deutlich zurück. Bereits nach einem Jahrzehnt kommt es dadurch zu einer fast vollständigen Angleichung an das westdeutsche Muster. Im Jahr 2001 sind von den 1970 geborenen Männern in beiden Landesteilen knapp 60% partnerschaftlich gebunden. Von den 1960 geborenen Männern trifft dies auf jeweils rund 75% zu.

Die genaue Betrachtung zeigt, dass es sich bei den Veränderungen in Ostdeutschland um eine Kombination aus Perioden- und Kohorteneffekten handelt. Als ausschlaggebend erweist sich, in welche Phase des Lebensverlaufs der politische Umbruch fällt. In den jüngeren, ab etwa 1975 geborenen Kohorten, die zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung maximal 16 Jahre alt waren und somit noch nicht in den Prozess der Partnerwahl eingetreten sind, gibt es keine Unterschiede zu Westdeutschland. Die altersbezogene Zunahme des partnerschaftlichen Zusammenlebens verläuft komplett identisch. In den mittleren Kohorten, die etwa zwischen 1955 und 1970 geboren wurden, zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung also zwischen 20 und 36 Jahre alt waren, zeigen sich zunächst deutliche Abweichungen zwischen alten und neuen Bundesländern. Die Anteile der mit einem Partner zusammenlebenden Männer und Frauen liegen in den neuen Bundesländern stets höher. Dann setzt dort ein Prozess ein, in dessen Verlauf der Zusammenzug mit einem Partner aufgeschoben und häufiger vermieden wird und/oder bereits bestehende Partnerschaften öfter aufgelöst werden. Dadurch konvergiert die Entwicklung. In den älteren Kohorten hingegen (hier nur noch für die Kohorte 1950 dargestellt), die den politischen Umbruch im fortgeschrittenen Alter erleben, verändert sich wenig. Hier setzt sich das vorhandene Muster einfach fort, so dass die – ohnehin geringen – Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen bleiben.

**Ehe – anders als nichteheliches Zusammenleben – stark rückläufig**

Ein Wandel findet nicht nur im Ausmaß, sondern auch in den Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens statt. Aus den Grafiken 2 und 3 ist ersichtlich, wie dieser

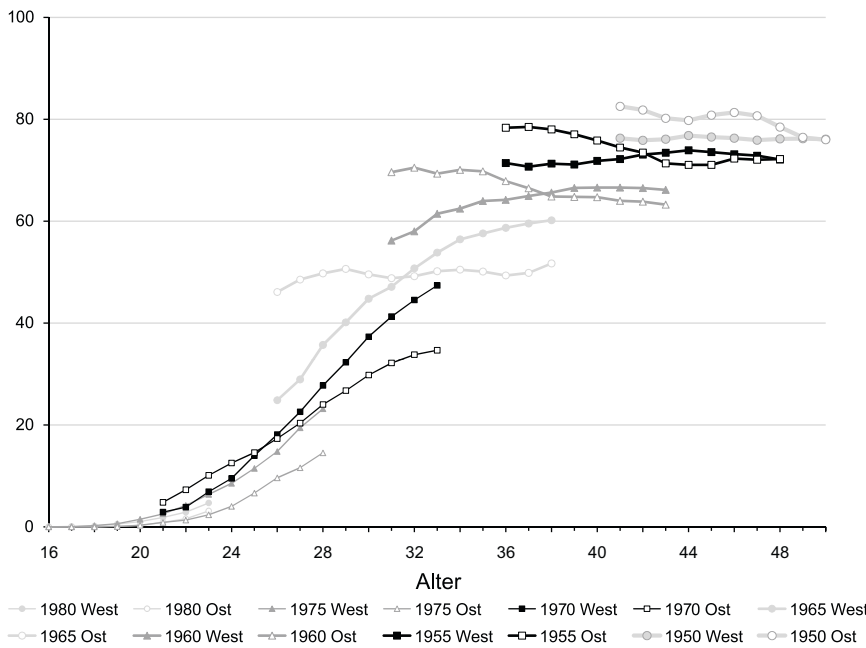
der Kohorten zuvor erreichen, ist aber noch nicht absehbar.

**Ostdeutsche leben inzwischen genauso häufig mit einem Partner zusammen wie Westdeutsche**

In Ostdeutschland ist das partnerschaftliche Zusammenleben kurz nach dem politischen Umbruch weiter verbreitet als in Westdeutschland. Insgesamt leben im Jahr 1991 rund 66% der Männer und 72% der Frauen im Alter zwischen 16 und 50 Jahren mit einem Partner zusammen. Die vergleichbaren Anteile im

Westen Deutschlands liegen bei 56% für Männer und 64% für Frauen. Wie aus Grafik 1 hervorgeht, sind die Unterschiede im jüngeren Alter am größten. Im Jahr 1991 leben in Ostdeutschland bereits 15% der 21-jährigen Männer (die der Kohorte 1970 angehören) in einer Partnerschaft mit gemeinsamem Haushalt, während dies in Westdeutschland nur auf 7% der Männer in diesem Alter zutrifft. Noch viel größer ist der Abstand bei den Männern, die 1991 ein Alter von 26 Jahren erreichen (also der Kohorte 1965 angehören). In Ostdeutschland leben rund 60% dieser Männer mit einer Partnerin zusammen, in Westdeutschland sind

**Grafik 2: Verbreitung des ehelichen Zusammenlebens - Männer in West- und Ostdeutschland, nach Alter und Kohorte (in %)**



Alter = gleitender Durchschnitt über drei Altersjahre

Datenbasis: Mikrozensus Scientific Use Files 1991, 1993, 1995-2004; Bevölkerung in Privathaushalten, am Hauptwohnsitz, mit deutscher Staatsangehörigkeit

und zu rund 70% verheiratet. Ein Jahrzehnt später sind es im Alter von 41 Jahren nur noch 64%. Noch auffälliger zeigt sich der Abbruch des Heiratsprozesses unter den 1965 geborenen Männern, die zu Beginn der 1990er Jahre gerade erst 26 Jahre alt sind: Bis dahin sind 45% von ihnen verheiratet. Ein Jahrzehnt später, im Alter von 36 Jahren, liegt dieser Anteil noch immer knapp unter 50%. In den jüngeren Kohorten hingegen verzögert sich der Heiratsprozess. Der Anteil der Verheirateten steigt mit dem Alter immer langsamer an und wird wohl auch im weiteren, hier nicht mehr beobachteten Lebensverlauf deutlich unter dem Niveau der älteren Kohorten und auch unter dem westdeutschen Niveau bleiben.

Dem gegenüber breitet sich die nichteheliche Lebensgemeinschaft in Ostdeutschland seit Beginn der 1990er Jahre weiter aus als in Westdeutschland. Auch daran sind die Kohorten in unterschiedlicher Weise beteiligt – je nach dem, in welchem Alter sie das historische Ende der DDR erlebt haben. Ein großer Teil derjenigen, die bis dahin noch nicht verheiratet waren, aber mit ihrem Partner bereits zusammenlebten, haben diesen Zustand vermutlich beibehalten.

Darauf deuten die in Grafik 3 dargestellten Befunde hin: In den Lebensverläufen der bis 1965 geborenen Männer verharren die Anteile der unverheiratet Zusammenlebenden auf dem im Jahr 1991 bestehenden Niveau, während sie in Westdeutschland – bedingt durch vermehrte Übergänge in die Ehe – abnehmen. Die jüngeren Kohorten dagegen, die zu Beginn der 1990er Jahre noch keine 25

Prozess in Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung verlaufen ist. Da sich Männer und Frauen darin kaum voneinander unterscheiden, sind die Ergebnisse aus Platzgründen nur für Männer dargestellt.

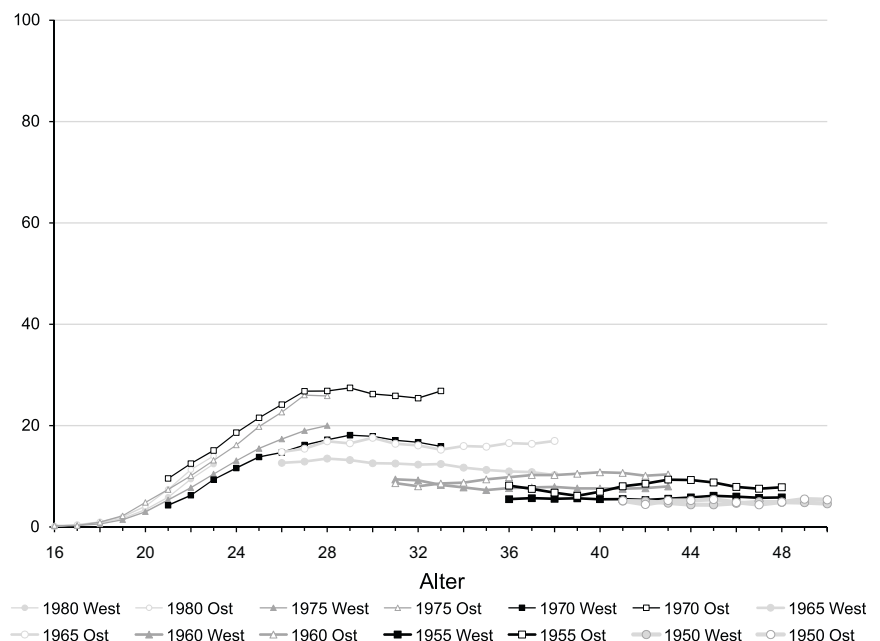
Zunächst bestätigt sich ein bekannter Befund: In der Abfolge der Kohorten nimmt die Verbreitung der Ehe wesentlich stärker ab als die Verbreitung des partnerschaftlichen Zusammenlebens, da ein beträchtlicher Teil dieser Abnahme durch die Zunahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaft kompensiert wird. Die jüngeren Kohorten sind also viel seltener verheiratet, leben aber immer häufiger unverheiratet mit einem Partner zusammen. Am ausgeprägtesten sind die Veränderungen im frühen Erwachsenenalter. Hier hat die Ehe ihre dominante Stellung zugunsten der nichtehelichen Lebensgemeinschaft verloren. Im weiteren Lebensverlauf nimmt dann aber die Verbreitung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft wieder ab, so dass das Zusammenleben mit einem Partner spätestens ab dem Beginn des vierten Lebensjahrzehnts nach wie vor ganz überwiegend innerhalb einer Ehe erfolgt.

**Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens unterscheiden sich weiterhin zwischen Ost- und Westdeutschland**

In Ostdeutschland vollzieht sich der Wandel in den Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens seit Beginn der 1990er Jahre schneller als in Westdeutschland. Den Ausschlag dafür gibt die abrupt abnehmende Heiratsneigung. Sie führt dazu, dass der Heiratsprozess der mittleren Kohorten, der zum Zeitpunkt der Wende noch nicht abgeschlossen

ist, stagniert. Die Anteile der verheirateten Männer und Frauen verharren auf dem bis dahin erreichten Niveau oder nehmen – scheidungsbedingt – sogar ab. Für die 1960 geborenen Männer ist dieser Wandel aus Grafik 2 ersichtlich: Im Jahr der Wiedervereinigung sind die 1960 geborenen Männer 31 Jahre alt

**Grafik 3: Verbreitung des nichtehelichen Zusammenlebens – Männer in West- und Ostdeutschland, nach Alter und Kohorte (in %)**



Alter = gleitender Durchschnitt über drei Altersjahre

Datenbasis: Mikrozensus Scientific Use Files 1991, 1993, 1995-2004; Bevölkerung in Privathaushalten, am Hauptwohnsitz, mit deutscher Staatsangehörigkeit

**Tabelle 1: Effekte der Bildung auf die Wahrscheinlichkeit des Zusammenlebens mit einem Partner (logistische Regression, odds ratios)**

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Alter	0,92***	0,92***	0,87***	0,89***
ln (Alter)	13,62***	7,30***	12,74***	6,29***
Kohorte	0,97***	0,98***	0,92***	0,95***
berufliche Bildung				
ohne beruflichen Abschluss	0,61***	0,90***	0,39***	0,60***
Ausbildungsabschluss (Ref.)	1	1	1	1
Fachhochschulabschluss <sup>1</sup>	1,23***	0,71***	1,45***	1,04**
Hochschulabschluss	0,98*	0,66***	1,27***	0,92***
in (schul./berufl.) Ausbildung	0,32***	0,24***	0,45***	0,32***
Konstante	0,01***	0,07***	0,03***	0,22***
Nagelkerke Pseudo-R <sup>2</sup>	0,38	0,31	0,42	0,33
Fallzahl	933.201	929.275	246.732	240.023

\*  $p < 0,05$ , \*\*  $p < 0,01$ , \*\*\*  $p < 0,001$ ; Alter und Kohorte metrisch, Alter auf 17 und Kohorte auf 1960 zentriert, Alter in Kombination mit logarithmiertem Alter modelliert den sichelförmigen Zusammenhang zwischen Alter und partnerschaftlicher Lebensform, Gemeindegröße als Kontrollvariable (nicht dargestellt)

1) inklusive Techniker und Meister

Datenbasis: Mikrozensus Scientific Use Files 1991, 1993, 1995-2004; Bevölkerung in Privathaushalten, am Hauptwohnsitz, mit deutscher Staatsangehörigkeit, im Alter zwischen 18 und 50 Jahren

Jahre alt waren, gehen vermehrt nichteheliche Lebensgemeinschaften ein. Unter ihnen nimmt das unverheiratete Zusammenleben deutlich stärker zu als in Westdeutschland. Von den 1970 geborenen Männern sind es im Alter von 30 Jahren bereits 27%, die unverheiratet mit einer Frau zusammenleben, in Westdeutschland nur 18%.

Dem relativ starken Rückgang der Ehe, der in der jüngeren ostdeutschen Bevölkerung zu beobachten ist, wirkt also die relativ starke Zunahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaft entgegen. Auf den Lebensverlauf bezogen lässt sich daraus ableiten, dass die jüngeren Kohorten in Ostdeutschland noch später und seltener heiraten als in Westdeutschland, dies aber durch vermehrte und längere Phasen des unverheirateten Zusammenlebens ausgleichen. Im Ausmaß des Zusammenlebens insgesamt unterscheiden sie sich insofern kaum mehr voneinander.

### Bildung beeinflusst die partnerschaftliche Lebensform in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich

Abschließend wird noch ein kurzer Blick auf die sozialen Unterschiede der partnerschaftlichen Lebensform gerichtet. Anhand der Bildung wird geprüft, ob das Zusammenleben mit einem Partner sozial selektiv ist, es also von der Bildung abhängt, ob jemand mit einem Partner zusammen oder ohne Partner lebt.

In Tabelle 1 sind die Ergebnisse einer logistischen Regression wiedergegeben. Abhängige Variable ist das Zusammenleben mit einem Partner, dessen relative Chance gegenüber dem Leben ohne Partner geschätzt wird. Wel-

chen Einfluss die (berufliche) Bildung darauf hat, wird anhand von odds ratios gemessen. Werte von über 1 bedeuten eine Erhöhung der relativen Chance, in einer Partnerschaft zu leben, Werte von unter 1 eine Reduktion. In Westdeutschland zeigt sich das in Bezug auf die Ehe hinlänglich bekannte Muster: Bei Männern wirkt die Bildung tendenziell positiv auf die relative Chance des partnerschaftlichen Zusammenlebens. Abgesehen von den Männern, die sich noch in Ausbildung befinden, haben diejenigen die geringste Chance auf eine Partnerschaft, die über keinen beruflichen Abschluss verfügen. Welches Niveau ein vorhandener Abschluss hat, ist demgegenüber von untergeordneter Bedeutung. Bei Frauen hingegen hat die Bildung einen deutlich negativen Effekt. Je höher Frauen gebildet sind, desto geringer ist die relative Chance, dass sie mit einem Partner zusammenleben. Unter Frauen mit Hochschulabschluss ist sie um 34% geringer als bei Frauen, die die Hauptschule besucht und eine Berufsausbildung absolviert haben.

Eine Erklärung hierfür liefert die familienökonomische Theorie: Mit der Arbeitsteilung im gemeinsamen Haushalt, die nach wie vor geschlechtsspezifisch ausgeprägt ist, lassen sich Gewinne erzielen. Für Männer steigen diese Gewinne mit ihrer Bildung und der damit verbundenen Produktivität auf dem Arbeitsmarkt an. Für Frauen sinken sie, da ihnen durch die Einschränkung ihrer beruflichen Tätigkeit umso mehr Einkommen entgeht, je höher sie qualifiziert sind.

Auch in Ostdeutschland ist das Zusammenleben mit einem Partner sozial selektiv. Bei Männern ist der positive Bildungseffekt sogar stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Bei

Frauen dagegen gibt es kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen Bildungsabschlüssen. Anders als in Westdeutschland leben hoch qualifizierte Frauen nicht seltener mit einem Partner zusammen als gering qualifizierte Frauen. Nur unter Frauen ohne berufliche Qualifikation ist die relative Chance des partnerschaftlichen Zusammenlebens reduziert. Damit unterscheiden sich die Landesteile in Bezug auf die soziale Selektivität des partnerschaftlichen Zusammenlebens von Frauen erheblich voneinander.<sup>3</sup> Ein naheliegender Grund hierfür ist, dass es ein mit der alten Bundesrepublik vergleichbares Ausmaß der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der ehemaligen DDR nie gegeben hat. Es war und ist noch immer üblich, dass beide Partner einer Erwerbstätigkeit nachgehen und zum Einkommen des Haushalts beitragen. Dass einmal etablierte Muster unter veränderten Rahmenbedingungen nachwirken, zeigt sich auch an den Timingeffekten der Bildung: In Ostdeutschland ist es relativ wahrscheinlicher, bereits während der Ausbildung mit einem Partner zusammenzuleben, als in Westdeutschland.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es 15 Jahre nach der Wiedervereinigung sowohl Konvergenz als auch Divergenz im Ausmaß, den Formen und den sozialen Unterschieden des partnerschaftlichen Zusammenlebens in Ost- und Westdeutschland gibt. Das Ausmaß des Zusammenlebens war zu Beginn der 1990er Jahre in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland und hat sich seither angeglichen. Die Formen des Zusammenlebens divergieren weiterhin. In Westdeutschland setzt sich ein kontinuierlicher Prozess des Wandels partnerschaftlicher Lebensformen fort. In Ostdeutschland dagegen hat der Systemwechsel einen Bruch verursacht. Seither verändern sich die Lebensformen dort sehr schnell. Getragen werden die Veränderungen von den Kohorten, deren Partnerwahl- und Heiratsprozess zum Zeitpunkt der Wende bereits begonnen hat, aber noch nicht abgeschlossen war. In diesen Kohorten verharrt die Verbreitung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft seit Beginn der 1990er Jahre auf dem bis dahin erreichten Niveau und die Verbreitung der Ehe nimmt kaum zu. Die Heirat wurde in diesen Kohorten also nicht nur kurzfristig ausgesetzt, sondern auch später nicht nachgeholt. In den jüngeren Kohorten dagegen, die erst nach der Wende in den Prozess der Partnerwahl eingetreten sind, hat sich die Angleichung an das westdeutsche Muster bereits vollzogen. Zwar heiraten die jüngeren Kohorten in Ostdeutschland später und seltener als in Westdeutschland, gehen aber genauso häufig verbindliche partnerschaftliche Beziehungen ein.

1 Da die Kohortenanalyse eine stabile Bevölkerung voraussetzt, wird die Interpretation der Befunde durch die Abwanderung aus Ostdeutschland eingeschränkt. Die zu beobachtenden Veränderungen sind nicht nur auf tatsächliche Veränderungen des Verhaltens, sondern auch darauf zurückzu-

führen, dass Personen aus der Betrachtung ausscheiden.

- 2 Abgesehen davon, dass der Mikrozensus keine Angaben über Partner außerhalb des Haushalts enthält, ist der gemeinsame Haushalt ein guter Indikator für die Verbindlichkeit einer partnerschaftlichen Beziehung und auch im Hinblick auf die gesellschaftlichen Konsequenzen des Wandels partnerschaftlicher Lebensformen entscheidend.
- 3 Dies gilt für bestehende Partnerschaften, von denen viele vermutlich noch vor der Wende begonnen wurden. Ob das Eingehen neuer Partnerschaften derselben sozialen Selektivität unterliegt und sich dies in der Abfolge der Kohorten verändert, müssen weitere Studien zeigen.

Brüderl, Josef, Klein, Thomas, 2003: *Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland, 1960-2000*. S. 189-217 in: Walter Bien, Jan H. Marbach (Hg.), *Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey*. Opladen: Leske+Budrich.

Huinink, Johannes, 1997: *Vergleichende Familienforschung. Ehe und Familie in der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik Deutschland*. S. 308-325 in: Laszlo A. Vaszkovics (Hg.): *Familienleitbilder und Familienrealitäten*. Opladen: Leske+Budrich.

Lengerer, Andrea, 2011: *Partnerlosigkeit in Deutschland. Entwicklung und soziale Unterschiede*. Wiesbaden: VS Verlag.

Lengerer, Andrea, 2007: *Zur Abgrenzung nichtehelicher Lebensgemeinschaften im Mikrozensus*. ZUMA-Methodenbericht 2007/04. Mannheim.

■ **Andrea Lengerer, GESIS**  
Tel.: 0621 / 1246-267  
andrea.lengerer@gesis.org

## Measuring and Monitoring Social Progress in European Societies - Is Life Still Getting Better?

Internationale Tagung „Social Reporting in Europe“ 2011

Villa Vigoni, 9.-11. März

Die 6. internationale „Social Reporting in Europe“ - Konferenz findet vom 9. bis 11. März 2011 in der Villa Vigoni statt. Das Thema der diesjährigen Konferenz lautet: „Measuring and Monitoring Social Progress in European Societies – Is Life Still Getting Better?“. Die Thematik der Fortschrittsmessung und -beobachtung wurde nicht nur kürzlich von der „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Commission“ (on the measurement of economic performance and social progress) aufgegriffen und behandelt, sondern ist u. a. auch Gegenstand des OECD - „Global Project on Measuring the Progress of Societies“. Auch in Deutschland genießt das Thema derzeit in Wissenschaft und Politik große Aufmerksamkeit. Diskutiert wird vor allem, wie wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt besser als in der herkömmlichen Wirtschaftsberichterstattung – d. h. jenseits des Bruttosozialproduktes – gemessen werden kann. Dieser Thematik nimmt sich auch die Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung seit vielen Jahren an. Neben der Fortschrittsmessung, wird sich die Tagung aber auch mit der Frage beschäftigen, was gesellschaftlicher Fortschritt heute in europäischen Gesellschaften bedeutet und

wie aktuelle Tendenzen des sozialen Wandels, die weniger eindeutig auf eine kontinuierliche Verbesserung der individuellen und kollektiven Wohlfahrt gerichtet zu sein scheinen als das in früheren Dekaden der Fall war, aus einer Fortschrittsperspektive zu bewerten sind.

An der Konferenz nehmen Sozialwissenschaftler aus neun europäischen Ländern teil. Zudem sind die Europäische Kommission, die OECD und die „European Foundation for Working and Living Conditions“ vertreten. Die Konferenz wird von Heinz-Herbert Noll (GESIS, Mannheim) und Carla Collicelli (Censis, Rom) in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und der Villa Vigoni organisiert. Die Veranstaltung wird von der Europäischen Kommission und der Villa Vigoni großzügig finanziell gefördert. Informationen über die bisherigen „Social Reporting in Europe“ – Tagungen finden sich auf der folgenden Website: <http://www.gesis.org/sozialberichterstattung-in-europa/>

■ **Heinz-Herbert Noll, GESIS**  
Tel.: 0621 / 1246-241  
heinz-herbert.noll@gesis.org

## Die Verteilung der Vermögen in Deutschland – Ein Buchhinweis

Aus der Reihe der Hans Böckler Stiftung Forschung ist der Band „Die Verteilung der Vermögen in Deutschland. Empirische Analysen für Personen und Haushalte“ erschienen. Auf der Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels der Jahre 2002 und 2007 analysieren die Autoren die Vermögensverteilung in Deutschland. Dabei werden u. a. Bildungsstand, berufliche Stellung und Migrationshintergrund berücksichtigt. Zusammenhänge zwischen Einkommen und Vermögen sowie Auf- und Abstiege in der Vermögensverteilung über die Beobachtungsjahre hinweg sind weiterhin Gegenstand der Betrachtung. Zu erwähnen ist zudem, dass auch Anwartschaften auf Renten und Pensionen in die Betrachtung der

Vermögensrechnung eingehen. Der Band, der mit einem Vorwort von Sir Anthony Atkinson versehen ist, ist für Wissenschaftler, Studierende und alle Interessierten zur Lektüre zu empfehlen.

Frick, Joachim R., Grabka, Markus M., Hauser, Richard, 2010: *Die Verteilung der Vermögen in Deutschland: Empirische Analysen für Personen und Haushalte*. Berlin: Edition Sigma Verlag; ISBN: 978-3-8360-8718-6.

■ **Stefan Weick, GESIS**  
Tel.: 0621 / 1246-245  
stefan.weick@gesis.org



**Herausgeber**

GESIS – Leibniz-Institut für  
Sozialwissenschaften  
Zentrum für Sozialindikatorenforschung

Postfach 12 21 55  
D-68072 Mannheim  
Telefon 06 21 / 12 46-0  
www.gesis.org/soziale-indikatoren

**Verantwortlich für den Inhalt**

Dr. Heinz-Herbert Noll

**Redaktion**

Dr. Stefan Weick

**Satz und Druck**

Verlag Pfälzische Post GmbH  
Winzinger Straße 30,  
67433 Neustadt/Weinstraße

**Gestaltung**

Kognito, Berlin

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;  
Beleg erbeten  
ISSN 0935-218X

# „Das Wohlstandsquartett“ – Ein neuer Vorschlag zur Wohlstandsmessung

Vorschläge für eine Verbesserung der Wohlstands- und Fortschrittsmessung „jenseits des BIP“ schießen derzeit wie Pilze aus dem Boden: Nach der Präsentation eines „nationalen Wohlfahrtsindex“ ([www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3902.pdf](http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3902.pdf)) und dem vom Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt (2010) entwickelten „Fortschrittsindex“ (<http://fortschrittszentrum.de/de/fortschrittsindex>), hat jetzt das von Meinhard Miegel geleitete „Denkwerk Zukunft“ ebenfalls einen neuen Vorschlag für die Wohlstandsmessung – „das Wohlstandsquartett“ – vorgestellt ([www.wohlstandsquartett.de](http://www.wohlstandsquartett.de)). Obwohl sich die Begrifflichkeiten (Wohlfahrt, Fortschritt, Wohlstand) unterscheiden, ist die Zielrichtung die gleiche: Die seit Jahrzehnten bekannten Unzulänglichkeiten des BIP (Bruttoinlandsprodukt) – das ein summarisches Maß der marktmäßigen gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung darstellt – als Indikator für die gesamte – auch über den materiellen Lebensstandard hinausgehende – Wohlfahrt, sollen durch alternative Kennziffern korrigiert oder kompensiert werden.

Einen Hintergrund für die derzeit (wieder einmal) hohe Wellen schlagende Diskussion um die Wohlfahrtsmessung und die Suche nach Ergänzungen zum oder Surrogaten für das BIP bilden u. a. die Empfehlungen der sogenannten Stiglitz-Kommission zur Messung von „Economic Performance and Social Progress“ (vgl. ISI Nr. 43, S. 13 ff.), die auch in Deutschland ein lebhaftes Echo hervorgerufen und u. a. kürzlich zur Einsetzung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages geführt haben.

Das „Wohlstandsquartett“ des Denkwerks Zukunft umfasst vier Einzelindikatoren, die als „Schlüsselindikatoren“ für verschiedene Wohlstandsdimensionen betrachtet werden:

- das BIP/Kopf als Indikator für das materielle Wohlstandsniveau;
- die Quartils-Relation (80/20) als Indikator für die Ungleichheit der Einkommensverteilung;
- die gesellschaftliche Ausgrenzungsquote als Indikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt;
- der „ökologische Fußabdruck“ im Verhältnis zur Biokapazität als Indikator für den Natur- und Ressourcenverbrauch.

Anders als die übrigen oben erwähnten Vorschläge verzichtet das Denkwerk Zukunft aus guten Gründen auf die Kalkulation eines zusammenfassenden Wohlfahrts- bzw. Wohlstands-Index und trägt damit den methodischen Unzulänglichkeiten von sowie prinzipiellen Vorbehalten gegenüber Verfahren der Indexbildung Rechnung.

So plausibel das „Wohlstandsquartett“ als ein Vorschlag für eine erweiterte Wohlstandsmessung auf den ersten Blick erscheint, so wenig ist es jedoch – wie die anderen Vorschläge – gegen kritische Einwände gefeit. Das gilt sowohl für die Auswahl und Vollständigkeit der Wohlstandsdimensionen als auch für die Auswahl der Indikatoren. Wo und wie gehen z. B. nicht marktmäßig erzeugte private und öffentliche Güter und Dienste in diesen Ansatz der Wohlfahrtsmessung ein? Warum wird etwa der Quartilsrelation gegenüber dem Gini-Index der Vorzug gegeben, und warum wird – nicht nur bei diesem Vorschlag – nicht auf das Nettoinlandsprodukt oder gar Volkseinkommen anstelle des BIP zurückgegriffen,

wenn doch weitgehender Konsens darüber besteht, dass Abschreibungen nicht zur Wohlstandsmessung der Bevölkerung beitragen?

Auch wenn man davon ausgehen kann, dass das „Wohlstandsquartett“ des Denkwerks Zukunft nicht das letzte Wort in der Debatte zur Wohlstands- und Wohlfahrtsmessung darstellen wird, so ist es doch ein Beitrag, der die Diskussion belebt. Auch die exemplarische Anwendung für einen Wohlstandsvergleich von Deutschland und anderen EU-Ländern ist durchaus erhellend.

Dass es allerdings in naher Zukunft gelingen kann, ein summarisches Wohlfahrtsmaß zu finden, das den kritischen Einwänden gegen das BIP Rechnung trägt und die darüber hinausgehenden hohen Erwartungen erfüllt, zudem global anerkannt ist und insofern dem BIP in der öffentlichen Aufmerksamkeit den Rang ablaufen kann, erscheint mehr als zweifelhaft und erinnert an die sprichwörtliche Suche nach dem Stein der Weisen. Selbst wenn die zahlreichen methodisch-technischen und sonstigen Probleme gelöst werden könnten, muss man sich fragen, ob angesichts der Komplexität des Konstrukts „Wohlfahrt“ als Gegenstand der Messung und eines hochdifferenzierten gesellschaftlichen Informationsbedarfs nicht andere Wege als die Suche nach der einen, allumfassenden alternativen Kennziffer zum BIP beschritten werden sollten.

■ **Heinz-Herbert Noll, GESIS**  
Tel.: 0621 / 1246-241  
[heinz-herbert.noll@gesis.org](mailto:heinz-herbert.noll@gesis.org)